

# Zum gesellschaftlichen Zusammenhalt im regionalen Strukturwandel

Ko-Orientierungen und Ko-Interaktionen  
im Braunkohleausstieg

**Mandy Stobbe  
Knut Tullius  
Mary Uhlig**



GEFÖRDERT VOM



Bundesministerium  
für Bildung  
und Forschung

#### Empfohlene Zitierweise

Mandy Stobbe, Knut Tullius, Mary Uhlig. 2025. *Zum gesellschaftlichen Zusammenhalt im regionalen Strukturwandel - Ko-Orientierungen und Ko-Interaktionen im Braunkohleausstieg*. FGZ Working Paper Nr. 10. Leipzig: Forschungsinstitut Gesellschaftlicher Zusammenhalt. [fgz-risc.de/wp-10](https://fgz-risc.de/wp-10).

#### Kontakt

Forschungsinstitut Gesellschaftlicher Zusammenhalt

► *Autor:innen:*

Mandy Stobbe | FGZ Standort Halle  
[mandy.stobbe@zsh.uni-halle.de](mailto:mandy.stobbe@zsh.uni-halle.de) · 0345 96396-12

Dr. Knut Tullius | SOFI Göttingen  
[knut.tullius@sofi.uni-goettingen.de](mailto:knut.tullius@sofi.uni-goettingen.de) · 0551 52205-11

► *Forschungskoordination:*

PD Dr. Taylan Yildiz | FGZ Geschäftsstelle Frankfurt am Main  
[t.yildiz@em.uni-frankfurt.de](mailto:t.yildiz@em.uni-frankfurt.de) · 069 79831468

► *Publikationsmanagement:*

Kristin Voigtländer | FGZ Geschäftsstelle Leipzig  
Universität Leipzig · Nikolaistraße 6-10 · 04109 Leipzig  
[publikationen@fgz-risc.de](mailto:publikationen@fgz-risc.de) · 0341 9737762

In der FGZ Working Paper Reihe erscheinen Forschungsergebnisse aus Projekten des Forschungsinstituts Gesellschaftlicher Zusammenhalt (FGZ) als Erstveröffentlichungen auf der Webseite ([fgz-risc.de/wp](https://fgz-risc.de/wp)) sowie im Social Science Open Access Repository (SSOAR, [gesis.org/ssoar](https://www.gesis.org/ssoar)). Die Texte sind meist der erste Schritt auf dem Weg zur Veröffentlichung in einer begutachteten Fachzeitschrift oder einem Sammelband. Die Working Paper werden nach Veröffentlichung nicht mehr verändert und sind somit zitierbar. In seltenen Fällen kann es notwendig sein, dass die Vorabveröffentlichung des Manuskripts als Working Paper gelöscht werden muss, damit der endgültige Beitrag (in überarbeiteter Form) an anderer Stelle erscheinen kann. In diesen Fällen bleiben die Metadaten der Beiträge auf der FGZ Webseite und im SSOAR erhalten und werden durch einen Link oder Hinweis auf die anderweitige Veröffentlichung ergänzt.

#### Hinweis zu ausstehenden Bibliografischen Informationen

Für die FGZ Working Paper Reihe und diese Nummer werden bibliographische Identifikationsnummern über die Deutsche Nationalbibliothek (ISSN) und das *Social Science Open Access Repository* (URN) beantragt. Sobald diese vorliegen, wird dieses Titelblatt ergänzt. Der Inhalt des Working Papers und die Seitenzahlen ändern sich dabei nicht, der Text ist in dieser Form und mit Hinweis auf die Quelle/URL ([fgz-risc.de/wp-10](https://fgz-risc.de/wp-10)) dauerhaft zitierfähig.



Veröffentlicht unter der Lizenz CC BY-SA 4.0 – Namensnennung, Weitergabe unter gleichen Bedingungen (International). Den genauen Wortlaut der CC-Lizenz BY-SA finden Sie hier: <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/legalcode.de>.

# Zum gesellschaftlichen Zusammenhalt im regionalen Strukturwandel – Ko-Orientierungen und Ko-Interaktionen im Braunkohleausstieg

Mandy Stobbe<sup>a</sup>, Knut Tullius<sup>b</sup> und Mary Uhlig<sup>c</sup>

<sup>a</sup> FGZ Standort Halle

<sup>b</sup> FGZ Standort Göttingen

<sup>c</sup> FGZ Standort Leipzig

---

**Abstract.** In Aufnahme eines Vorschlags von Grunow et al. (2022), diskutiert das Working Paper Merkmale und Probleme des gesellschaftlichen Zusammenhalts im Prozess des Kohleausstiegs in den drei verbliebenen deutschen Braunkohlerevieren. Empirische Grundlage sind explorative Expert:inneninterviews mit Vertreter:innen maßgeblicher regionaler Stakeholder. Die Ergebnisse illustrieren die Nützlichkeit der von Grunow et al. vorgeschlagenen Analysekatogorien der Ko-Orientierungen und Ko-Interaktionen für die Untersuchung sozialer Kohäsion in den Revieren. Die Befunde verdeutlichen die Relevanz von Ansprüchen auf distributive und prozedurale Gerechtigkeit und vor allem auf soziale Anerkennung für die Bewältigung der Transformation. Hier zeigen sich insbesondere in den beiden ostdeutschen Revieren verbreitet Defizite. In anwendungsorientierter Hinsicht sticht die Bedeutung ‚Sozialer Orte‘ für die (Re-)Vitalisierung von Vertrauensbeziehungen und die Ermöglichung von Beteiligung in den Regionen hervor.

---

**Keywords.** Empirische Sozialforschung, Sozialtheorie, Zusammenhalt, Braunkohleausstieg, Gerechtigkeit

---

## 1 Einleitung

Der im Kohleausstiegsgesetz gesetzlich verankerte, schrittweise Ausstieg aus der Braunkohlegewinnung und -verstromung bis spätestens 2038 bildet den vorläufigen Höhepunkt der Transformation der Energieversorgung der Bundesrepublik der vergangenen 50 Jahre (vgl. dazu Renn/Marshall 2016). Das absehbare Ende von Kohleabbau und -verstromung bringt in den drei verbliebenen Braunkohlerevieren<sup>1</sup> – der Lausitz, dem Mitteldeutschen und dem Rheinischen Revier – tiefgreifende Veränderungen mit sich. Es führt zu disruptiven Eingriffen sowohl in alte Industrien als auch in die gewohnten Arbeits- und Lebensweisen der Bevölkerung (Engler et al. 2020; Jacob et al. 2016). Die Vermutung liegt deshalb nahe, dass dieser Transformationsprozess einen der zentralen gesellschaftlich umstrittenen „Transformationskonflikte“ der Gegenwart darstellt (Dörre et al. 2020; Eversberg et al. 2024; Sander/Haas 2024). Er kann zu einer massiven Gefährdung des gesellschaftlichen Zusammenhalts in den vom Strukturwandel betroffenen Braunkohlerevieren führen und der Transformation damit eine wesentliche Ressource und Voraussetzung ihres Gelingens entziehen. Zwar lässt sich das für die Bewältigung gesellschaftlicher Umbrü-

che erforderliche Niveau des Zusammenhalts nicht „a priori“ bestimmen (Forst 2020: 44), doch unstrittig ist, dass es eine „bestimmte Qualität“ und hinreichende Übereinstimmung bei den „Einstellungen, Handlungen, Beziehungen, Institutionen und Diskursen“ (ebd.) innerhalb von Gemeinwesen – hier die Braunkohlerevieren und ihre Bewohner:innen – geben muss, damit Transformationskonflikte nicht mit gesellschaftlichen Bestandsgefährdungen einhergehen.

Im Prozess des Kohleausstiegs, wie der Energiewende insgesamt, werden zentrale gesellschaftliche Zukunftsfragen kontrovers verhandelt. Sie reichen von der Frage nach der Bestands- und Entwicklungsfähigkeit eines auf (möglichst günstigen) fossilen Energien und hohem Naturverbrauch beruhenden kapitalistischen Wirtschafts- und Wachstumsmodells im Allgemeinen (vgl. etwa Beckert 2024), wie sie in den Braunkohlerevieren etwa besonders virulent werden, über die Frage wachsender sozialer Ungleichheiten bis hin zu solchen nach der Weiterentwicklung demokratischer Kulturen und der Partizipationsmöglichkeiten in der Transformation. Dies sind Momente einer „Polykrise“ (Tooze 2022), die sich in überlappenden und wechselseitig verstärkenden Umbruchsprozessen ausdrückt. Dazu zählen insbesondere die Pandemie, der Ukraine-Krieg, die Energiekrise, der Klimakollaps sowie die Regressionen in den demokratischen Institutionen und Prozessen. Das sind die wesentlichen Elemente eines ‚Krisen-Cocktails‘, der dem Trend zu fortschreitender Modernisierung und Globalisierung ein Ende zu setzen scheint. Gerade in disruptiven Transformationspha-

---

<sup>1</sup> Die Braunkohlerevieren bilden die von der Kommission „Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung“ im Jahr 2017 vorgenommene Abgrenzung rund um die drei verbleibenden deutschen Braunkohlerevieren ab. Sie werden in Fördergebiete und Gebiete der Strukturhilfen gemäß Investitionsgesetz Kohlerevieren (InvKG) unterschieden.

sen gilt gesellschaftlicher Zusammenhalt als entscheidende Ressource für einen gelingenden individuellen wie kollektiven Umgang mit den mannigfaltigen Krisenerscheinungen. Umgekehrt bedeutet dies: Ein Fehlen (regionaler) sozialer und kognitiver Ressourcen im Umgang mit sozio-ökonomischen Veränderungsprozessen kann insgesamt zu gesellschaftlich destabilisierenden Entwicklungen führen. Hierfür ist der Systemumbruch von 1989/90 in Ostdeutschland ein eindrückliches Lehrstück (vgl. Fritsch/Wyrwich 2020a; Heitmeyer 2010; IWH 2009 und 2015; Landua 1992).

Im Zentrum der Diskurse wie auch der jeweils konkreten Problemlagen und Konflikte in Transformationsprozessen stehen typischerweise Gerechtigkeitsfragen, vor allem solche um Verteilung und Anerkennung: Wie werden die Risiken und Verluste sowie die möglichen Erträge und Gewinne des Wandels zwischen und innerhalb der betroffenen Regionen und Populationen verteilt? Werden die Beteiligungsansprüche und Anerkennungsbedürfnisse der Menschen ausreichend gewürdigt? Besonders in den sächsischen und brandenburgischen Braunkohlerevieren, die sowohl materiell als auch kulturell stark von Kohleabbau und Kohleverstromung geprägt waren und sind, geht der Ausstieg mit erheblichen Anerkennungs- und Verteilungskonflikten einher. Die belegen meherer jüngere Studien (vgl. zur Lausitz: Gürtler/Herberg 2023; Köster et al. 2020; zum mitteldeutschen und rheinischen Revier vgl. Radtke/David 2024 & Sander/Haas 2025).

Diesen Forschungsstand greift der vorliegende Beitrag auf, geht jedoch darüber hinaus, indem er den Strukturwandel in den Braunkohlerevieren unter der Perspektive des gesellschaftlichen Zusammenhalts untersucht. Auch wenn Begriff und Konzept des gesellschaftlichen Zusammenhalts kontrovers diskutiert werden (vgl. dazu die Beiträge in Deitelhoff et al. 2020), halten wir sie für geeignet, um den Blick auf die normativ-kognitiven, institutionellen und sozialen Voraussetzungen des Kohleausstiegs zu schärfen. Zur Operationalisierung des Begriffes des gesellschaftlichen Zusammenhalts greifen wir auf ein von Grunow et al. (2022) vorgeschlagenes Konzept zurück, das an eine „Arbeitsdefinition“ von Forst (2020) angelehnt ist.

Dieser Beitrag ist wie folgt strukturiert: Zunächst stellen wir unseren analytischen Ansatz vor, der den Vorschlag von Grunow et al. aufgreift, sowie den methodischen Zugang zu der von uns durchgeführten empirischen Untersuchung (Kapitel 2). Im Anschluss geben wir einen kurzen Überblick über die drei verbliebenen Braunkohlereviere der Bundesrepublik (Kapitel 3), bevor wir im Hauptteil unsere Befunde zu den Merkmalen und Problemen des gesellschaftlichen Zusammenhalts im Prozess des Braunkohleausstiegs diskutieren (Kapitel 4). Der Beitrag schließt mit einigen resümierenden Bemerkungen (Kapitel 5).

## 2 Forschungsfrage, Untersuchungsdesign und Materialgrundlage

Das Working Paper recurriert auf ein Forschungsprojekt<sup>2</sup>,

<sup>2</sup> Das Forschungsprojekt „Zusammenhalt im regionalen Strukturwandel. Beschleunigte Zeitstrukturen und ihre Bewältigung“

das der Frage nach der Rolle des gesellschaftlichen Zusammenhalts in der Bewältigung der Folgen des vorgezogenen Kohleausstiegs in den deutschen Braunkohlerevieren nachgegangen ist. In transferorientierter Absicht wurde zudem geprüft, inwieweit bestehende Ansätze einer „guten Praxis“ bürgerschaftlicher Beteiligung auch für den Untersuchungsfall anwendbar sind. Im Ergebnis dieses praxisorientierten Projektteils ist das Handbuch „Kreative Kohle“ entstanden (vgl. Müller et al. 2024).

In empirisch-analytischer Hinsicht ging es im Forschungsprojekt darum, Genaueres über Qualität, Niveau und auch Probleme des gesellschaftlichen Zusammenhalts im Braunkohleausstieg in Erfahrung zu bringen. Forst (2020: 44) zufolge bezieht sich der Begriff gesellschaftlicher Zusammenhalt „auf Gemeinwesen, deren Mitglieder bestimmte positive Einstellungen zueinander und zu ihrem sozialen Gesamtkontext aufweisen, in dem sie als Handelnde in Praktiken und Beziehungen involviert sind, die einen (näher zu bestimmenden) Gemeinschaftsbezug haben, und sich in komplexe institutionelle Prozesse der Kooperation und Integration einfügen, die kollektiv diskursiv thematisiert und evaluiert werden.“ Forst unterscheidet demzufolge fünf Ebenen<sup>3</sup> oder Aspekte des gesellschaftlichen Zusammenhalts, unter denen er der „Einstellungsebene“ einen relativen „Schwerpunkt“ zuweist (ebd.).

Grunow et al. (2022) haben ausgehend von dieser Begriffsarbeit eine weitergehende analytische Systematisierung vorgenommen. Sie unterscheiden dabei zwei Analyseebenen, die in ihren Kombinationsmöglichkeiten vier „Ingredienzen“ des gesellschaftlichen Zusammenhalts in unterschiedlichen Gewichtungen hervorbringen können (ebd.: 8f.).<sup>4</sup> Der Ebene der konkreten sozialen Praktiken kommt dabei derselbe Stellenwert wie der Ebene der Einstellungen zu, was unsere Forschungsergebnisse unterstreichen.

In Anlehnung an dieses Analysekonzept untersuchten wir die Rolle des gesellschaftlichen Zusammenhalts im Kontext des bundesdeutschen Kohleausstiegs. Dabei betrachteten wir Zusammenhalt auf den beiden von Grunow et al. (2022: 7ff.) genannten Analyseebenen und interessierten uns für deren Zusammenspiel in den vier behandelten „Ingredienzen“: Auf der Ebene der normativen Orientierungen und Einstellungen – den *Ko-Orientierungen* – steht das Ausmaß von *Konsens* oder *Dissens* hinsichtlich des Leitziels des (vorgezogenen) Braunkohleausstiegs und seiner gesellschaftlichen Auswirkungen im Fokus. Zudem wurde die Gestalt und die Belastbarkeit des wechselseitigen *Vertrauens* der Gesellschaftsmitglieder in die Entscheidungsverfahren und handelnden Akteur:in-

wurde zwischen Oktober 2022 und Mai 2024 aus Mitteln des Innovationsfonds des [Forschungsinstituts Gesellschaftlicher Zusammenhalt](#) (FGZ) gefördert und als Verbundprojekt vom Zentrum für Sozialforschung Halle e.V. (ZSH) an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg, dem Lehrstuhl Politische Systeme Deutschlands an der Universität Leipzig und dem Soziologischen Forschungsinstitut Göttingen (SOFI) e.V. an der Georg-August-Universität durchgeführt.

<sup>3</sup> Das sind Einstellungen, Handlungen, Beziehungen, Institutionen und Diskurse.

<sup>4</sup> Grunow u. a. (2022: 1) fassen Zusammenhalt in der Analysesprache als Sozialintegration, um die mit dem Zusammenhaltsbegriff verbundenen normativen Konnotationen zu vermeiden.

nen und Institutionen untersucht. Auf der zweiten Ebene, der Ebene der sozialen Praktiken und Handlungen – die *Ko-Interaktionen* –, galt es die konkreten Praktiken der *Kooperation* und *Kommunikation*, d. h. die Prozesse und „Sozialen Orte“ (Kersten et al. 2022) der Herstellung des gesellschaftlichen Zusammenhalts zu untersuchen. Zudem ging es um den Aspekt des *Anpassungsverhaltens*<sup>5</sup> der regionalen Bevölkerungen. Sowohl einzeln als auch in ihrem Zusammenwirken sind diese Elemente entscheidend für die Beantwortung der Frage nach dem gesellschaftlichen Zusammenhalt in den drei Revieren. Sie bestimmen die Möglichkeiten und Grenzen für die dort lebenden Menschen, den bereits stattfindenden und sich voraussichtlich beschleunigenden Strukturwandel gemeinschaftlich zu bewältigen und mitzugestalten.

Nicht zu allen ‚Ingredienzen‘ können wir auf Basis unseres empirischen Materials gleich detaillierte Aussagen treffen. Zum einen liegt dies an der im Projekt notwendigen Beschränkung der empirischen Erhebungen auf explorative Expert:inneninterviews mit Vertreter:innen relevanter regionaler Stakeholder, weshalb wir zu den Ko-Orientierungen und Ko-Interaktionen in der Bevölkerung nur indirekt, d. h. aus „zweiter Hand“, Auskunft geben können.<sup>6</sup> Zum anderen lassen sich manche Befunde leichter unter diesen Begriffen fassen und verhandeln als andere. Generell sind die Bestandteile nur analytisch zu trennen: Wie der Begriff der „Ingredienz“ bereits andeutet, lässt sich gesellschaftlicher Zusammenhalt mit einer Speise vergleichen, die – je nach Qualität und Zusammensetzung der Zutaten – zu einem mehr oder weniger schmackhaften Ganzen wird.

Die Operationalisierung des gesellschaftlichen Zusammenhalts erfolgt also einerseits auf der kognitiven Ebene der Einstellungen und Meinungen zum Braunkohleausstieg. Sie bildet das Fundament für kollektive Haltungen. Die kulturellen Prägungen und Erfahrungen der Bewohner:innen mit vergangenen und aktuellen Strukturwandelprozessen fließen dabei ein, da sie das regionale Selbstverständnis maßgeblich beeinflussen. Strukturelle und prozedurale Gegebenheiten, die sich in der Rolle und dem Einfluss verschiedener Stakeholdergruppen und in der Verteilung von Risiken und Chancen des Strukturwandels widerspiegeln, stellen einen weiteren zentralen Aspekt der Operationalisierung dar. Besondere Aufmerksamkeit gilt den Handlungsorientierungen und sozialen Praktiken, die zur „Produktion“ gesellschaftlichen Zusammenhalts beitragen. Dazu gehören typische Merkmale des Zusammenlebens, wie Kommunikation und Interaktion, die durch Vertrauen, Respekt und Solidarität gekennzeichnet sind, sowie gemeinsame Praktiken und Orte des Zusammenlebens. Die Beteiligung der Bevölkerung an der Diskussion und Mitgestaltung des Strukturwandels wird als wichtiger Indikator für den gesellschaftlichen Zusammenhalt herangezogen. Regionale Auseinandersetzungen und Konflikte hinsichtlich des Braunkohleausstiegs werden ebenso berücksichtigt wie die Formen und Praktiken der Konfliktaustragung, um ein umfassendes Bild der sozialen Dynamiken zu erhalten.

<sup>5</sup> Wir beziehen uns dabei auf die Konzeption von Anpassungstypen bei Robert Merton (1995 [1949]).

<sup>6</sup> Nicht zuletzt ergibt sich hieraus ein wesentliches Desiderat des Projekts, das weitere qualitative Analysen verlangt.

Diese mehrdimensionale Operationalisierung ermöglicht die Erfassung zentraler Elemente des gesellschaftlichen Zusammenhalts und die Untersuchung endogener Kräfte und partizipativer Ansätze zur Bewältigung des regionalen Strukturwandels.

Den empirischen Kern der hier diskutierten Befunde bilden Inhaltsanalysen von insgesamt 28 leitfadengestützten, ein- bis zweistündigen Interviews mit ausgewählten Vertreter:innen aus Wissenschaft, Wirtschaft, Politik und Verwaltung, aus der Zivilgesellschaft (Umweltverbände, Kirche) und regionaler Netzwerkakteure in den drei Braunkohleregionen Deutschlands (sh Abb. 1, S. 4).<sup>7</sup>

Die Interviewpartner:innen wurden insbesondere danach befragt, wie sie und ihr Umfeld den Transformationsprozess wahrnehmen, erleben und bewerten, welche vergangenen Erfahrungen ihnen und der Region als Bezugspunkte dienen und welche Folgen der (beschleunigte) Ausstieg aus der Braunkohle für ihre Institution und die Menschen vor Ort haben wird. Zudem ging es um die Zukunftsperspektiven und Transformationshaltungen der Menschen. Weitere Schwerpunkte der Gespräche lagen auf Interessensgegensätzen und dem Umgang mit Konflikten. Darüber hinaus ging es um das Zusammenleben der Menschen sowie um die Formen, Orte oder Projekte, in und an denen gesellschaftlicher Zusammenhalt (re-)produziert werden kann. Die Interviews wurden von den Autor:innen dieses Beitrags zwischen August und Dezember 2023 durchgeführt, aufgezeichnet, vollständig transkribiert und unter Zuhilfenahme des Softwareprogramms MAX-QDA kodiert.

### 3 Die Braunkohlereviere im Überblick

Bis zur deutschen Wiedervereinigung war das *Rheinische Revier* – westlich des Rheins im Städtedreieck Aachen, Köln und Mönchengladbach gelegen – die bedeutendste Braunkohleregion der Bundesrepublik. In den Kraftwerken Neurath, Niederaußem und Weisweiler wird heute noch rund die Hälfte der in Deutschland gewonnenen Braunkohle verstromt. Die Kraftwerke gelten – insbesondere seit dem Angriff Russlands auf die Ukraine Anfang 2022 – weiterhin als ein wesentliches Rückgrat der Versorgungssicherheit in Deutschland. Zugleich ist die Kohleproduktion im Rheinischen Revier bereits in der Vergangenheit stark zurückgegangen, seit 2015 um mehr als 46 Prozent (Bartl et al. 2022: 42). Im Oktober 2022 einigten sich die Schwarz-Grüne Landesregierung Nordrhein-Westfalens, das Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) und der die Tagebaue und Kraftwerke betreibende Energiekonzern RWE in einem Eckpunktepapier auf einen vorgezogenen Braunkohleausstieg bis zum Jahr 2030 (BMWK et al. 2022). Danach sollen die verbliebenen Kraftwerksblöcke in Neurath und Niederaußem zum 31. März 2030 vom Netz gehen, der Tagebau Garzweiler II soll ebenfalls zu diesem Zeitpunkt, also acht Jahre früher als geplant, stillgelegt werden. Der Abbau in den Tagebauen Inden und Hambach sollte ohnehin bis 2030 enden.

Die Braunkohleverstromung im *Lausitzer Revier*, das

<sup>7</sup> Wir danken den Interviewpartner:innen in den Regionen für ihr Interesse an unserem Projekt und für ihre Interview-Bereitschaft.

Revier	Kürzel	Interviewpartner:in
Lausitzer Revier	LR_Inter_1	Netzwerk Intermediär
Lausitzer Revier	LR_Inter_2	Netzwerk Intermediär - Bürgerbeteiligung
Lausitzer Revier	LR_Pol_Verw_1	Politik/Verwaltung - Bürgermeister
Lausitzer Revier	LR_Pol_Verw_2	Politik/Verwaltung - Ministerium
Lausitzer Revier	LR_Pol_Verw_3	Politik/Verwaltung - Reviermanagement
Lausitzer Revier	LR_SozP	Gewerkschaft
Lausitzer Revier	LR_Wiss	Wissenschaft
Lausitzer Revier	LR_Wirt	Wirtschaft
Lausitzer Revier	LR_Ziv_1	Zivilgesellschaftliche Organisation
Lausitzer Revier	LR_Ziv_3	Zivilgesellschaft - Kirche
Mitteldeutsches Revier	MR_Inter_1	Netzwerk Intermediär
Mitteldeutsches Revier	MR_Inter_2	Netzwerk Intermediär - Bürgerbeteiligung
Mitteldeutsches Revier	MR_Pol_Verw_1	Politik/Verwaltung - Bürgermeister
Mitteldeutsches Revier	MR_Pol_Verw_2	Politik/Verwaltung - Ministerium
Mitteldeutsches Revier	MR_Pol_Verw_3	Politik/Verwaltung - Reviermanagement
Mitteldeutsches Revier	MR_SozP	Gewerkschaft
Mitteldeutsches Revier	MR_Wiss	Wissenschaft
Mitteldeutsches Revier	MR_Wirt	Wirtschaft
Mitteldeutsches Revier	MR_Ziv_2	Zivilgesellschaft - Umweltorganisation
Mitteldeutsches Revier	MR_Ziv_3	Zivilgesellschaft - Kirche
Rheinisches Revier	RR_Inter_1	Netzwerk Intermediär
Rheinisches Revier	RR_Inter_2	Netzwerk Intermediär - Bürgerbeteiligung
Rheinisches Revier	RR_Pol_Verw_1	Politik/Verwaltung - Bürgermeister
Rheinisches Revier	RR_Pol_Verw_3	Politik/Verwaltung - Reviermanagement
Rheinisches Revier	RR_Soz_P	Gewerkschaft/Verband
Rheinisches Revier	RR_Wiss	Wissenschaft
Rheinisches Revier	RR_Wirt	Wirtschaft - Interessenvertretung
Rheinisches Revier	RR_Ziv_2	Zivilgesellschaft - Umweltorganisation
Rheinisches Revier	RR_Ziv_3	Zivilgesellschaft - Kirche

Abbildung 1: Interviewpartner:innen in den drei deutschen Braunkohleregionen (Quelle: Eigene Darstellung)

sich im Südosten Brandenburgs und Nordosten Sachsens erstreckt, wird gemäß dem „Kohleverstromungsbeendigungsgesetz“ (KVBG) spätestens im Jahr 2038 eingestellt (vgl. DEBRIV Bundesverband Braunkohle o. J.). Die Braunkohleförderung hat hier eine lange Tradition, die bis in das Jahr 1789 zurückreicht. Die Lausitzer Energie Bergbau AG (LEAG) fördert gegenwärtig in drei Tagebauen Braunkohle; in Welzow-Süd in Brandenburg sowie in Nochten und Reichwalde in Sachsen. Im brandenburgischen Tagebau Jänschwalde erfolgte zuletzt der Übergang vom regulären Betrieb hin zur Wiedernutzbarmachung der Bergbaufolgelandschaft und der Entwicklung einer nachhaltigen Energielandschaft mit Wind- und Solaranlagen (vgl. Lausitzer Energie Bergbau AG). Nach der Ausschöpfung des derzeitigen Abbaugebiets I des Tagebaus Nochten ist die Weiterführung des Tagebaubetriebs im Teilfeld Mühlrose vorgesehen. Die Kohle wird zur mengen- und qualitätsgerechten Versorgung der Lausitzer Braunkohleblöcke in Jänschwalde, Boxberg und Schwarze Pumpe benötigt. Beginnend mit Jänschwalde in 2025 und endend mit den Blöcken am Boxberger Standort 2038 ist eine schrittweise Abschaltung der Anlagen geplant. Ungeachtet ihrer gesamtwirtschaftlich vergleichsweise geringen Bedeutung spielt die LEAG im Revier eine strukturbildende Rolle.

Das *Mitteldeutsche Braunkohlerevier*, das sich um Leipzig und Halle erstreckt, blickt auf eine über 150-jährige Geschichte der Braunkohlegewinnung zurück. Die letzten verbliebenen aktiven Großtagebaue im Revier sind Profen und Vereinigtes Schleenhain, beide im Südraum Leipzigs, die von der MIBRAG GmbH betrieben werden. Im Januar 2021 wurde bekannt, dass die MIBRAG auf die Erschließung der Abbaugebiete Grotzschers Dreieck und Pödelwitz verzichtet. Ziel der MIBRAG ist es, Braunkohle bis Mitte der 2030er Jahre zu fördern. Westlich von Halle gewinnt die Firma Romonta in einem vergleichsweise kleinen Tagebau Amsdorf etwa 500 000 Tonnen Rohbraunkohle pro Jahr. Die hier geförderte Braunkohle weist einen hohen Bitumengehalt auf, aus dem der Industriestoff Montanwachs hergestellt wird. Das Veredelungsprodukt ist stark nachgefragt, etwa in der Kunststoffindustrie, in der Pflegemittelherstellung und der Baustoffindustrie. Das Unternehmen Romonta ist vom Kohleausstieg nicht betroffen (vgl. DEBRIV Bundesverband Braunkohle o.J.).

Die Zahl der in der Braunkohleindustrie Beschäftigten fiel in der Lausitz von 79.016 im Jahr 1989 auf 7.887 im Jahr 2023, im Mitteldeutschen Revier von 59.815 (1989) auf nur noch 1.781 Beschäftigte (2023). Im Rheinischen Revier ist ein Rückgang von 15.565 (1989) auf 7.508 im Jahr 2023 zu verzeichnen

(vgl. Statistik der Kohlenwirtschaft e.V., Stand: 31.12.2023). Damit lag der Anteil der Beschäftigten in der Braunkohleindustrie an allen sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in jedem der drei Reviere im Jahr 2021 unter zwei Prozent (Laufende Raumbearbeitung des BBSR; DEBRIV) und spielt damit quantitativ kaum noch eine Rolle. Prognosen zufolge werden zudem bis zum Jahr 2030 knapp zwei Drittel der noch im Braunkohlebergbau Beschäftigten in den (Vor-) Ruhestand gehen (vgl. Hermann et al. 2018).

Mit Blick auf alle drei Reviere ist anzumerken, dass zwischen dem jeweiligen Braunkohlerevier im engeren Sinne und den gesetzlich definierten Revier- und regionalen Förderergrenzen im weiteren Sinne unterschieden werden muss. Aus geologischen, wirtschaftlichen und technischen Gründen sind die Tagebaue und Kraftwerke ungleichmäßig über die Flächen verteilt. Innerhalb der drei Reviere gibt es daher Räume, die einen stärkeren Bezug zur Braunkohle und damit auch eine größere unmittelbare Betroffenheit von Rückbau oder Schließung aufweisen als andere Teilräume. Dies stellt, wie noch zu zeigen sein wird, eine der bedeutsamsten Konfliktlinien in der Transformation dar, folgt doch die Vergabe oder Zuteilung der Strukturwandel-Fördermittel häufig *nicht* den Reviergrenzen im engeren Sinne bzw. nicht im Einklang mit dem (wahrgenommenen) Grad der Betroffenheit.<sup>8</sup>

*„Das Revier, wenn man das Revier wirklich begreifen will, dann müsste man die (...) Tagebau-Anrainerkommunen eigentlich nehmen, vielleicht noch ein bisschen Gladbach mit dazu oder so. Aber (...) mit dem Wegrücken vom Loch nimmt das Bewusstsein, sozusagen, im Revier zu sein, ab. Heute sagt natürlich jeder Bürgermeister: ‚Ja, wir gehören zum Rheinischen Revier!‘, weil er die Förderkulisse sehr malerisch findet.“ (RR\_Ziv\_1)<sup>9</sup>*

Es ist daher sinnvoll, zwischen den Kommunen im Braunkohlegebiet im engeren räumlich-strukturellen Sinne – dem „Kernrevier“ – und den Gebieten jenseits dieser Kernregion zu unterscheiden. Vor allem dort finden sich die Orte, in denen die Braunkohlewirtschaft und die damit verbundenen kulturellen und habituellen Muster, etwa im Vereinsleben und Brauchtum oder im Bild vom ‚Kumpel‘, noch Relevanz besitzen.

## 4 Gesellschaftlicher Zusammenhalt im Braunkohleausstieg

Entsprechend dem von uns in Kapitel 2 umrissenen Konzept zur Untersuchung der Elemente und Merkmale gesellschaftlichen Zusammenhalts diskutieren wir im Folgenden die *Ko-Orientierungen* (Kapitel 4.1) und *Ko-Interaktionen* (Kapitel 4.2) in den Braunkohleregionen. Es geht also zunächst um

die (normativen) Haltungen und Einstellungen in den jeweiligen Gemeinwesen aus Sicht der von uns Befragten. In einem zweiten Schritt prüfen wir die institutionellen Bedingungen und sozialen Praktiken für Kooperation und Kommunikation in den untersuchten Regionen.

### 4.1 Ko-Orientierungen – vor allem eine Frage der Gerechtigkeit

Die Analyse der Ko-Orientierungen befasst sich mit der normativen Bewertung des Braunkohleausstiegs und seiner erwarteten gesellschaftlichen Folgen für die Bevölkerung. Im Zentrum stehen dabei folgende Fragen: Besteht weitgehend Einigkeit darüber, dass die Dekarbonisierung sowie der Kohleausstieg und die dafür vorgesehenen Maßnahmen und Verfahren angemessen sind? Überwiegen in diesem Zusammenhang Konsens und gegenseitiges Vertrauen, oder treten unvereinbare Interessen und divergierende Einstellungen zutage, sodass ein potenziell problematisches Maß an Dissens und Misstrauen entsteht? Bei der Frage nach Konsens oder Dissens geht es nicht darum, dass man von „Zusammenhalt“ nur reden kann, wenn sich Alle immer (und in Allem) einig sind. Geradezu das Gegenteil dürfte der Fall sein, wie Deitelhoff und Schmelzle (2023) überzeugend darlegen: Konflikt und Dissens sind demnach für die Erzeugung von Zusammenhalt nicht nur nicht schädlich, sondern notwendig – vorausgesetzt, es existieren Verfahren und Aushandlungsmodi, um Dissens und Konflikte konstruktiv zu bearbeiten.

Unsere Befragungsergebnisse zeigen, dass unter den *Expert:innen* grundsätzlich *Konsens* darüber besteht, dass die Dekarbonisierung ein anerkanntes gesellschaftliches Leitziel und ein angesichts des Klimawandels notwendiges Unterfangen ist. Einig ist man sich auch darin, dass mit den zugesagten Fördermitteln in Höhe von 40 Mrd. Euro eine echte Chance zur nachhaltigen Gestaltung des Strukturwandels in den drei Braunkohleregionen besteht. Konsens besteht zudem hinsichtlich des als Zukunftsbild gezeichneten Nachnutzungsszenarios einer touristisch und landschaftlich attraktiven Seenlandschaft<sup>10</sup>, in die sich zumindest große Teile der Tagebaulandschaften in einigen Jahrzehnten verwandeln sollen – sofern es gelingt, im Zusammenspiel mit Forschung und Entwicklung wirtschaftlich attraktive (Arbeitsmarkt-)Regionen zu schaffen.

Unter den Bewohner:innen der Braunkohleregionen finden die Energiewende im Allgemeinen<sup>11</sup> und der Ausbau erneuerbarer Energien im Besonderen<sup>12</sup> zwar verhaltene

<sup>8</sup> Siehe auch die *begleitende Evaluierung des Investitionsgesetzes Kohleregionen (InvKG)* des IWH 2023 (Brachert u. a. 2023).

<sup>9</sup> Zitate von Befragten werden wie in Abbildung 1 dargestellt gekennzeichnet: Auf das Kürzel des Reviers (Lausitzer Revier=LR; Mitteldeutsches Revier=MR; Rheinisches Revier=RR) folgt die Angabe der Institution (in diesem Fall handelt es sich um eine/n Expert:in aus der Zivilgesellschaft) und schließlich – bei mehr als einem Interview aus diesem Stakeholder-Kreis – eine laufende Nummer.

<sup>10</sup> Zugleich wird angesichts zunehmender Wasserknappheit die Sorge um die Realisierbarkeit dieses Zukunftsszenarios geteilt. Siehe zum vielschichtigen Thema der Wasserversorgung auch die Ausführungen in ARL (2022: 6).

<sup>11</sup> Laut Mitteldeutschland-Monitor befürworten 52 Prozent der Menschen im Mitteldeutschen Revier grundsätzlich die Energiewende, im Lausitzer Revier sind es 49 Prozent (vgl. Sächsische Agentur für Strukturentwicklung 2023). Der schrittweise Ausstieg findet in Ostdeutschland indes weniger Zustimmung als im Bundesdurchschnitt (75 Prozent) und im Rheinischen Revier (64 Prozent) (vgl. Rinscheid 2018: 10).

<sup>12</sup> Im Mitteldeutschen Revier stimmen 87 Prozent der Bevölkerung dem Ausbau der Solarenergie und 80 Prozent dem Ausbau der Erdwärme zu (vgl. Mitteldeutschland Monitor 2023). Auch im

Zustimmung, das *Vorziehen des Kohleausstiegs* wird jedoch mehrheitlich abgelehnt.<sup>13</sup> Insbesondere unter den Kommunalpolitiker:innen und Bewohner:innen der ostdeutschen Kernreviere und dort vor allem – sicherlich kaum überraschend – unter den Beschäftigten der Energiekonzerne dominiert eine ablehnende Haltung zum vorgezogenen Ausstieg. Sie ist Ausdruck von Verlusterfahrungen und wahrgenommenen Anerkennungsdefiziten infolge der aktuellen und auch früheren Umbrüche.

Erheblicher *Dissens* besteht auch unter den befragten Expert:innen darüber, wie und auf welchem Wege dieses Leitziel erreicht werden kann. Dissens und Konflikt entspringen vor allem verletzte Gerechtigkeitsansprüche: Es werden Fragen der *distributiven* (wer bekommt was, wer trägt welche Lasten?) sowie der *prozeduralen Gerechtigkeit* aufgeworfen (wer entscheidet?). Dissens und Kritik entzündeten sich zudem an den verletzten Ansprüchen der regionalen Bevölkerungen auf *Anerkennung* und *soziale Wertschätzung*. Moralisch nachgelagert, aber praktisch von Bedeutung, werden auch *Rationalitätsansprüche*, die gegenüber der bürokratischen Organisation der Entscheidungs- und Vergabeverfahren geltend gemacht werden.<sup>14</sup>

#### Umstrittene Verteilungs- und Verfahrensgerechtigkeit

Zentrale Kontroversen betreffen die Verteilung der finanziellen Mittel aus den Fördertöpfen von Bund und Länder. An dieser Verteilungsfrage scheiden sich die Geister; sie steht im Zentrum der (Un-) Gerechtigkeitskritik zahlreicher befragter Expert:innen. Kritik richtet sich sowohl gegen die Inhalte und Gegenstände der Förderung, teils auch gegen die Höhe der finanziellen Mittel, sowie gegen die Entscheidungsverfahren und die Dauer der Mittelvergabe. Mit alledem sind Erwartungen und Ansprüche der Stakeholder und der Bevölkerung an Beteiligungsgerechtigkeit und Anerkennung verbunden.

*„Strukturwandelgelder, das ist ein Beispiel davon. Es kommt also nicht bei den Menschen an, auch nicht in ihren betroffenen Gebieten. Das ist so ein Punkt, wo die Leute sagen: ‚Das ist sehr, sehr unfair. Wir sind hier direkt betroffen und wir merken das nicht. Wir merken weder die Unterstützung noch die Aufmerksamkeit.‘“ (MR\_Ziv\_3)*

Der Rahmen für förderfähige Projekte wird unter anderem durch das „Investitionsgesetz Kohleregionen“ (InvKG) vorgegeben, wobei es auf regionaler Ebene jeweils angepasste Ausarbeitungen gibt. Die Förderrichtlinien priorisieren infrastrukturelle, arbeitsmarkt-, wirtschafts- und innovationsbezogene Vorhaben. Dies stößt auf breite Kritik seitens zivilgesellschaftlicher Akteure, denn damit werde übersehen, dass *„ein wirtschaftlicher Wandel ohne einen sozialen Wandel leer [ist]“* (RR\_Wiss). Kritisiert wird die fehlende Förderung

insbesondere von demokratischer und kultureller Bildung. Vor allem von Expert:innen im Mitteldeutschen und im Lausitzer Revier wird zugleich eine fehlende Umsetzung strukturwirksamer und innovativer Projekte bemängelt. Auch im Rheinischen Revier kritisiert die Mehrheit der Expert:innen aus Wirtschaft, intermediären Einrichtungen und Kommunen die finanzielle Förderung von Projekten wie Kinderbetreuungseinrichtungen, Spielplätzen oder auch Kulturveranstaltungen als Zweckentfremdung von Fördergeldern – oder zumindest als Vorhaben, die aus dem regulären Haushalt der Kommunen finanziert werden sollten.

Aus der Perspektive der Verteilungsgerechtigkeit ist zudem strittig, wie mit den Dörfern<sup>15</sup> verfahren wird, die zwar größtenteils entvölkert sind, aber nicht abgebagert wurden und ganz oder überwiegend den drei Energiekonzernen gehören (MIBRAG, LEAG, RWE) – wie beispielsweise Pödelwitz im Mitteldeutschen Revier und die Weiler bei Lützerath im Rheinland. Auch die Nutzung der Flächen, die durch den vorzeitig gestoppten Vortrieb der Tagebaue frei werden, ist unklar: Wer wird sie zukünftig wofür nutzen können? Die Frage der Flächennutzung steht im Zentrum aktueller Auseinandersetzungen. Sie habe das Zeug, regional zu einem *„Kampf um das Land“* (RR\_Pol\_Verw\_1) zu werden. Vor allem im Rheinischen Revier wird – nicht nur von den Befragten aus der Zivilgesellschaft – betont, dass sich die Kommunen in Verhandlungen regelmäßig im Hintertreffen gegenüber den Eigentumsrechten des Energiekonzerns RWE befinden, der als allgegenwärtiger *„Elefant im Raum“* (RR\_Ziv\_1) maßgeblichen Einfluss auf Flächenentscheidungen ausübt. Aus Sicht des Umwelt- und Klimaschutzes geht es überall um die Verhinderung einer weiteren Versiegelung der Landschaft durch gewerbliche Nutzungen und dem damit verbundenen Ausbau des Straßenverkehrsnetzes.

Gerechtigkeitsansprüche werden aber auch dadurch verletzt, dass mancherorts Fördermittel in Projekte fließen, die nicht zum Kernrevier zählen, das hauptsächlich vom Ausstieg betroffen ist, wodurch gegen moralische Prinzipien der Fairness und des gerechten Tausches verstoßen werde.

*„Dormagen (...), das ist nicht mal mehr Kernrevier, die bekommen irgendwas für die Ruderer da, ein Riesending?. Da gäbe es sehr viel wichtigere Sachen hier im Kernrevier zu tun. Zumal Dormagen sich auch sehr querstellt für dieses Pumpspeicherwerk, was da gebaut werden muss, damit eben auch das Wasser hier ankommt. Und dann ist natürlich auch der Unmut im Kernrevier sehr groß: ‚Die bekommen Geld und verweigern gleichzeitig auch, dass das Wasser nach hier fließt.‘“ (RR\_Pol\_Verw\_2)*

Verletzte Ansprüche an Verteilungsgerechtigkeit stehen in engem Zusammenhang mit *prozeduralen Gerechtigkeitsansprüchen*<sup>16</sup>, also mit der Frage, wie und von wem Entscheidungen getroffen werden oder wie transparent die Vergabeprozesse ablaufen. So finden sich in allen drei Braunkohleregionen deutliche Kritiken und vielfältige Beispiele für

Lausitzer Revier ist die Zustimmung zum Ausbau erneuerbarer Energien mit 76 bis 87 Prozent bei den verschiedenen Energieträgern insgesamt hoch.

<sup>13</sup> So wird das Vorziehen des Kohleausstiegs beispielsweise in der Lausitz von nur 21 Prozent der dort Befragten befürwortet, von 68 Prozent dagegen abgelehnt (vgl. Sächsische Agentur für Strukturentwicklung 2023).

<sup>14</sup> Vgl. zu Gerechtigkeits-theorien im Allgemeinen etwa den Studienband von Ladwig (2011), zum Verhältnis von Gerechtigkeits- und Rationalitätsansprüchen siehe Kratzer u. a. (2019).

<sup>15</sup> Siehe hierzu ARL (2020; 2022) sowie Berkner (2009; 2018).

<sup>16</sup> Aus der „Just Transition“-Forschung finden sich ähnliche Befunde zu den Defiziten prozeduraler Gerechtigkeit im Braunkohleausstieg bei Goerke u. a. (2023); Gürtler/Herberg (2023); Herpich u. a. (2022: 22ff); Radtke/Drewing (2020).



überkomplexe bürokratische, oftmals intransparente und stark politisierte Vergabe-, Planungs- und Genehmigungsverfahren, was den Ansprüchen der Befragten an die Rationalität von Verwaltungshandeln zuwiderläuft. Zudem macht das Vorziehen der Ausstiegszeitpunkte eine spürbare Beschleunigung von Verfahren notwendig.

*„Dass wir zu langsam sind, dass wir deutlich zu langsam sind bei Investitionen, beim Schaffen von Arbeitsplätzen. Die Erwartungen werden immer höher. Wir wollen da immer schneller zum Ziel kommen. Und uns gelingt es aber nicht, diese notwendige Beschleunigung auf die Straße zu kriegen. Und das liegt nicht nur vielleicht an begrenzten Kapazitäten, sondern eben auch an Regularien, die wir in Deutschland haben, die halt doch, ja, manche Verfahren nicht unbedingt beschleunigen.“ (LR\_Wirt)*

Im Mitteldeutschen Revier wird insbesondere die priorisierte Bewilligung erster Fördermittel für die Restaurierung des Naumburger Doms (MR\_Pol\_Verw\_1) kritisiert. Auch in der Lausitz werden Förderentscheidungen stark kritisiert, darunter die Verlagerung und der Umbau von öffentlichen Verwaltungseinrichtungen und die Förderung von Schwimmbädern in benachbarten Kommunen. Im Rheinischen Revier steht beispielsweise die Förderung des Baus einer Reithalle in Aachen im Zusammenhang mit einem großen Sportfest in der Kritik.

*„Schauen Sie sich mal an, woher der letzte Ministerpräsident kam. (...) Aus Aachen. Der hat ganz klar dort einigen Leuten offensichtlich Dinge versprochen.“ (RR\_Pol\_Verw\_1)*

Letztlich liegen Entscheidungen, so die Einschätzung der befragten zivilgesellschaftlichen Expert:innen, allzu oft in den Händen der etablierten Macht- und Entscheidungsträger aus Ministerien, Kommunen und Unternehmen. Woran es demgegenüber fehle, ist eine tatsächliche Beteiligung der regionalen Bevölkerungen an Entscheidungsprozessen. In allen drei Braunkohleregionen findet Beteiligung – mit Ausnahme der Einbindung weniger zivilgesellschaftlicher Akteursgruppen in Begleitausschüssen etwa – kaum bzw. nur unzureichend statt (vgl. hierzu auch Abschnitt 4.2 sowie jüngst Sander/Haas 2025). Im Rheinischen Revier werden die Verfahren deshalb als „dominante Eliten-Stakeholder-Prozesse“ (RR\_Ziv\_2) kritisiert. Dies wird problematisiert, weil die Relevanz von Bürgerbeteiligung seitens der Politik und in vorliegenden regionalen Positionspapieren und Erklärungen offiziell stark hervorgehoben wird. Tatsächlich jedoch handele es sich allenfalls um die Bekanntgabe von andernorts getroffenen Entscheidungen. Gerade die Beteiligung jüngerer Bewohner:innen gilt als defizitär. Verbreitet berichten die Expert:innen in diesem Zusammenhang über Erfahrungen von Pseudo-Beteiligung:

*„Jugendbeteiligung, Jugendwerkstätten, dann ist das auch aus unserer Wahrnehmung zumindest eher so eine vorgeschobene Form der Beteiligung. Also die jungen Menschen werden gefragt, sie geben auch gerne ihre Meinung ab und haben auch gute Ideen, was man in der Region umsetzen könnte. Und dann wird am Ende ein Papier erstellt, das wird dann öffentlichkeitswirksam*

*übergeben, aber danach passiert mit den Ergebnissen irgendwie nichts.“ (MR\_SozP)*

In allen drei Braunkohleregionen, vor allem aber in der Lausitz, wird angesichts einer anhaltend hohen Abwanderungsbereitschaft jüngerer Alterskohorten gerade eine stärkere Einbindung von Kindern und Jugendlichen als wichtig erachtet, wozu bereits entsprechende Vorschläge vorliegen (vgl. etwa Löw Beer et al. 2021).

### Verletzte Ansprüche auf Anerkennung und Wertschätzung

Auffällig sind die von den Expert:innen in allen drei Braunkohleregionen angesprochenen Anspruchsverletzungen in Bezug auf Anerkennung und Wertschätzung in Verbindung mit vorangegangenen Transformationserfahrungen und Umbrüchen. Diese Defizite werden auch als Begründung und Rechtfertigung für die verbreitete Ablehnung der Ausstiegsentscheidungen ins Feld geführt. Insbesondere die in den Braunkohlefeldern tätigen und von den Ausstiegsbeschlüssen direkt oder indirekt betroffenen Bevölkerungsteile deuten den Kohleausstieg als Abwertung eigener (Lebens-)Leistungen, Traditionen und Erfahrungen. Sie, die über Jahrzehnte zur wirtschaftlichen Prosperität der Nachkriegsbundesrepublik wie auch der ehemaligen DDR beigetragen haben und dabei manche Lasten wie Luftverschmutzung, Naturzerstörung und harte Arbeitsbedingungen hätten schultern müssen, würden seit Jahren als – wie es Ausstiegsskeptiker in den Revieren empört aufgreifen – „Ewiggestrige“ und „Klimakiller“ diffamiert.

*„Die Verbundenheit mit der Kohle ist auch deshalb so stark, weil das wirklich zu DDR-Zeiten so war, die haben halt immer wieder der Republik den Hals gerettet, nicht? Unter den schwierigsten Bedingungen haben die dafür gesorgt, dass die Bude warm war, die Unternehmen laufen konnten.“ (LR\_Pol\_Verw\_1)*

Zwar hat die Energiekrise in Folge des russischen Krieges gegen die Ukraine dazu geführt, dass bereits aus dem Regelbetrieb genommene Kraftwerke im Rheinischen und im Lausitzer Revier wieder anliefen und bereits freigestelltes Kraftwerkspersonal in die Betriebe zurückkehrte und somit die systemstabilisierende Rolle der Branche vorübergehend deutlich wurde. Doch an der grundsätzlich als einseitig und abwertend wahrgenommenen öffentlichen Debatte und Medienberichterstattung hat sich aus Expert:innensicht kaum etwas verändert:

*„Wir haben ja jetzt seit zwei Jahren die Situation, dass die Bergleute, die jetzt hier immer noch zu einem erheblichen Anteil zur Stromversorgung zu Nordrhein-Westfalen und zu ganz Deutschland beitragen, jeden Abend aus dem Fernsehen gesagt bekommen, dass sie für die Toten auf der Welt irgendwo verantwortlich sind.“ (RR\_Inter\_1)*

In den beiden ostdeutschen Revieren wird der Erfahrungsraum der Bewohner:innen maßgeblich durch die tiefgreifenden Krisenerfahrungen der Nachwendejahre geprägt. In den 1990er Jahren erlebten das Mitteldeutsche und Lausitzer Revier eine Phase der Deindustrialisierung, der Massen-

arbeitslosigkeit und des Wohlstandsverlusts<sup>17</sup>. Über mehrere Generationen hinweg wurde in der Braunkohleindustrie überdurchschnittlich gut verdient<sup>18</sup> und die dort Beschäftigten genossen hohes gesellschaftliches Ansehen: „Die Regierung verdeutlichte diese Wertschätzung nicht zuletzt durch zusätzliche Entlohnung, Habit und den jährlichen Tag des Bergmanns (und Energiearbeiters)“, so Müller (2017: 218). Der massive Verlust von Arbeitsplätzen in der Braunkohle- und Chemieindustrie, die anhaltende Abwanderung insbesondere jüngerer Menschen aus den ländlich-kleinstädtischen Gebieten des Mitteldeutschen und Lausitzer Reviers und der erlebte Verlust prägender Unternehmen und Wirtschaftszweige der Region haben einen spürbaren Riss im sozialen Gefüge hinterlassen und ein Gefühl von Trauer und Verlust bei den älteren Generationen vor Ort erzeugt.

*„Aber gerade bei der Kohle waren es (...) im Mitteldeutschen Revier um die 80.000 Beschäftigte. Jetzt sind es noch 2.000 bis 3.000. Dieser Einbruch, der hat natürlich Generationen geprägt. Und der Großvater gibt es an den Vater und an den Sohn weiter. Also das hallt heftig nach.“* (MR\_Inter\_1)

Im Mitteldeutschen und im Lausitzer Braunkohlerevier wirkt das Gefühl, dass die Regionen im Zuge des politischen Umbruchs regelrecht „abgehängt“ wurden, bis heute nach.<sup>19</sup> Das kollektive Gedächtnis spielt in den von den Erfahrungen der 1990er Jahre geprägten Revieren eine große Rolle für die Wahrnehmungen und Haltungen der Menschen gegenüber dem Strukturwandel. Viele Betroffene sind nach Aussagen der interviewten Expert:innen der Auffassung, keinen gerechten Anteil am gesellschaftlichen Wohlstand erhalten zu haben und befürchten, durch die gegenwärtige Transformation auch in Zukunft zu den ‚Verlierern‘ zu gehören.

*„Nicht die Mehrheit, aber schon ein spürbarer Anteil hat diese Wende nicht geschafft. [...] Und diejenigen, die die Wende geschafft haben, die jetzt wieder in Arbeit sind, die möglicherweise auch gut verdienen, haben aber diese Brüche und diese Ängste, die damit verbunden waren, mit der Arbeitslosigkeit – da hängt eine ganze Familie mit dran –, die haben das natürlich nach wie vor im Hinterkopf.“* (LR\_SozP)

Insbesondere in den ostdeutschen Revieren besteht ein Bedürfnis nach stärkerer Würdigung und öffentlicher Anerkennung früherer Arbeits- und Lebensleistungen in der Braunkohlewirtschaft wie auch der jeweiligen Industriekultur (vgl. auch ARL 2022: 10). Doch auch im Rheinischen Revier sind die Erfahrungen mit früheren Transformationen

nicht sonderlich positiv. Die dazu befragten Expert:innen verweisen auf das schleichende Ende des Steinkohlebergbaus, das mit der letzten Zechenschließung 1997 seinen Abschluss gefunden hat. Wenngleich die sozioökonomischen Folgen im Rheinischen Revier bei weitem nicht das Maß an Disruption erreicht hat, das in Ostdeutschland zu beobachten ist, haben die Zechenschließungen und eine nicht nachhaltig wirkende Wirtschaftspolitik auch dort zu einem „Strukturbruch“ (RR\_Pol\_Verw\_2) geführt, der einige überdurchschnittlich durch Arbeitslosigkeit, Abwanderung und Finanzschwäche geprägte Kommunen hinterlassen hat.

#### Vertrauensverlust und „gesundes Misstrauen“

In allen Braunkohleregionen wurden in unterschiedlichem Ausmaß negative Erfahrungen mit früheren Transformationsprozessen zum Ausdruck gebracht. Der Strukturwandel wird überwiegend als ein von politischen und wirtschaftlichen Eliten betriebener Top-Down-Prozess beschrieben, in dem die Ansprüche materiell wie immateriell geschwächter Gruppen nicht hinreichend anerkannt werden, was das gegenseitige Vertrauen der beteiligten Akteure schwächt. Dies gilt vor dem Hintergrund der Deindustrialisierung der Nachwende-Zeit und in der Folge oftmals einsetzender Abwärtsspiralen (bei wenigen „Erfolgsgeschichten“) vor allem für das strukturschwache Lausitzer Revier, aber auch für Teile des Mitteldeutschen Reviers (vgl. auch Deutschlandmonitor 2023). Die Sorgen der Menschen vor Ort betreffen vor allem die Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen unter Bedingungen wachsenden Fachkräftemangels (vgl. Kropp/Seibert 2023: 41), der Versorgung mit bezahlbarer Energie, sowie der Bereitstellung entsprechender Infrastrukturen. Die Geschwindigkeit des Strukturwandels erzeugt Unsicherheit und verbreitet Ängste. Die Diskussionen um einen gegebenenfalls weiter vorgezogenen Ausstieg aus der Braunkohle verstärken zudem den Vertrauensverlust weiter Teile der Bevölkerung gegenüber Politik und staatlichen Institutionen. Gerade in der Lausitz wird mit den Festlegungen im Koalitionsvertrag der Bundesregierung der in der „Kohlekommission“ ausgehandelte Kompromiss in Frage gestellt und aus Sicht einiger Expert:innen als bedrohlich für den gesellschaftlichen Zusammenhalt gesehen.

*„Aber eine Diskussion nur um ein Datum zu führen, das kostet im Moment sehr viel Verständnis und sehr viel Vertrauen in der Bevölkerung, in dem Prozess insgesamt, das sehe ich kritisch.“* (LR\_Pol\_Verw\_2)

Umso höher ist nach Ansicht der dortigen Expert:innen der Stellenwert von Verbindlichkeit und klaren Ergebnissen in den Diskussionen und Entscheidungsprozessen, um das Vertrauen in der Bevölkerung zurückzugewinnen.

In der Lausitz wurde der Strukturwandel infolge der deutschen Wiedervereinigung und aufgrund der überwiegend ländlichen Lage als tiefgreifender empfunden als beispielsweise im Mitteldeutschen Revier. Bereits früher wurden im Zuge der Erschließung der Braunkohlefelder über 130, vorwiegend sorbische Dörfer, devastiert, was zur Umsiedlung vieler Einwohner:innen in Städte oder neue Orte führte und während der DDR-Zeit das Wachstum der Energieregion vor-

<sup>17</sup> Zum tiefgreifenden Wandel im Zusammenhang mit der politischen Situation vgl. auch Lorenz u. a. (2021).

<sup>18</sup> Dies gilt bis heute und in allen Braunkohleregionen. So liegt das monatliche Bruttomedianentgelt beispielsweise im Lausitzer Revier mit 4.653€ mehr als 2.000€ über dem Median aller Branchen in der Lausitz, für die anderen beiden Regionen sind die Unterschiede vergleichbar ausgeprägt (vgl. Kropp/Seibert 2023: 46).

<sup>19</sup> Befragungsdaten stützen dies: Ein Gefühl des Abgehängt-Seins wird von mehr als doppelt so vielen Ostdeutschen (19 Prozent) als Westdeutschen (8 Prozent) berichtet. Dieses Gefühl ist besonders ausgeprägt in strukturschwachen, überdurchschnittlich von Überalterung und Abwanderung betroffenen ostdeutschen Kreisen und ist eng mit (rechts-)populistischen Einstellungen verbunden (vgl. Deutschlandmonitor 2023).

antrieb. Dies ging jedoch mit einem erheblichen Sprach- und Kulturverlust der sorbischen Bevölkerung einher, die dort traditionsbewusst und langangesiedelt ist. Ein/e Expert:in fasst zusammen, dass die Erfahrungen von Zuwanderung und Umsiedlung und die politischen Umbrüche der Wendezeit zu sozialpsychologisch tiefsitzenden Empfindungen von Entwurzelung und Verlustangst geführt haben. Sie prägen die heutige Wahrnehmungen und Reaktionen auf Veränderungen in der Region. Es herrscht allgemein Skepsis und Widerstand gegenüber jeglichen Veränderungen, die sich in verschiedenen „Stellvertreter-Themen“ im öffentlichen Diskurs widerspiegeln (LR\_Ziv\_3). Das erschwert es den Menschen in der Lausitz, positive Zukunftsvisionen zu entwickeln. Es befördert eine „fragile Identität“ (Haas 2020) und führt zu einem spürbaren Mangel an Vertrauen.

Die Situation im Rheinischen Revier ist durch die langjährigen, teils gewaltsamen Konflikte um den Erhalt des Hambacher Forsts und der Siedlungen am Tagebau Garzweiler II (Lützerath) geprägt. Diese Auseinandersetzungen haben, laut Einschätzung der befragten Expert:innen, zu nachhaltigen psychologischen Belastungen und Vertrauensverlusten zwischen den beteiligten Akteuren (RWE-Konzern und dessen Beschäftigte auf der einen, Umwelt- und Bürger:innen-Initiativen sowie öffentlich-rechtliche Medien auf der anderen Seite) geführt. Die vorherrschende Haltung in der Region lässt sich als eine Form kritischer Wachsamkeit charakterisieren, die sich in einem gesteigerten Bewusstsein für die eigenen Interessen manifestiert. Ein/e Expert:in beschreibt diese Entwicklung folgendermaßen: „Die Leute lassen nicht mehr alles mit sich machen“ (RR\_Pol\_Verw\_1). Diese Haltung kann als Ausdruck eines „gesunden“ Misstrauens interpretiert werden, das eine wichtige Funktion in demokratischen Prozessen erfüllt, indem es die Bürger:innen zu kritischem Engagement und zur Wahrnehmung ihrer demokratischen Rechte ermutigt.

Resümierend lässt sich hinsichtlich der (normativen) Orientierungen und Ansprüche der institutionellen Akteure sowie der „normalen“ Bevölkerung in den drei Braunkohleregionen festhalten, dass unter den befragten Expert:innen weitgehend Konsens bezüglich des gesellschaftlichen Leitziels der Dekarbonisierung besteht. Erheblicher Dissens lässt sich dagegen bei zentralen distributiven und prozeduralen Gerechtigkeitsfragen feststellen. In regional unterschiedlich großen Teilen der Bevölkerung wird der Kohleausstieg demgegenüber grundsätzlich abgelehnt; eine Ablehnung, die moralisch grundiert wird von teils sehr affektiv artikulierten Anerkennungs- und Vertrauensverlusten geprägt ist. Mithin scheinen beide ‚Ingredienzen‘ nicht hinreichend entwickelt, um eine „gut funktionierende“ (Grunow et al. 2022: 9) Sozialintegration im Sinne eines ausbalancierten gesellschaftlichen Zusammenhalts im Braunkohleausstieg zu gewährleisten.

## 4.2 Ko-Interaktion und Anpassung

In diesem zweiten Analyseschritt geht es zum einen um die konkreten *Praktiken der Kooperation und Interaktion*, d. h. um die sozialen Prozesse sowie Orte, in und an denen gesellschaftlicher Zusammenhalt (re-)produziert wird. Hierbei spielen nicht nur Fragen von Konflikten und deren Regulie-

rung, sondern auch die institutionellen, strukturellen und räumlichen Rahmenbedingungen für Kooperation, Kommunikation und Kompromissbildung im Strukturwandel eine Rolle. Zum anderen suchen wir nach empirischen Hinweisen darauf, wie sich die Menschen in den drei Braunkohleregionen in ihren Handlungen orientieren und welches *Anpassungsverhalten* sie praktizieren – sei es, indem sie sich dem Strukturwandel gegenüber mehr oder weniger resigniert fügen oder sich aktiv einbringen und für die Gestaltung des Gemeinwesens engagieren. Schließlich ist auch denkbar, dass sich Akteure sowohl dem Mitmachen als auch dem Sich-Fügen verweigern, Widerstand leisten oder sich abwenden und zurückziehen.

Wie im Folgenden gezeigt wird, haben die dargelegten Kontroversen, Erfahrungen und Anspruchsverletzungen spezifische Auswirkungen sowohl auf die sozialen Beziehungen und Kooperationspraktiken wie auf das Anpassungsverhalten der Gesellschaftsmitglieder in den drei Braunkohleregionen.

### Kooperationsbeziehungen und „Soziale Orte“

Im Rahmen des Strukturwandels haben sich innerhalb und zwischen den Kohleregionen bereits verschiedene *Austauschplattformen* etabliert, die sich primär auf Akteure nationaler, landes- und sozialpartnerschaftlicher Ebene konzentrieren. Zivilgesellschaftliche Austauschformate treten hingegen bisher eher vereinzelt auf, etwa zwischen den Klimabewegungen. Die Braunkohleregionen können durch bestehende Formate voneinander lernen und Erfahrungen austauschen. Dies bietet großes Potenzial für eine gemeinsame und erfolgreiche Bewältigung des Kohleausstiegs. Die weitere Förderung von interdisziplinärem Dialog, Zusammenarbeit und Chancenorientierung sowie der Austausch von Erfahrungen und bewährten Praktiken zwischen den Revieren verspricht eine nachhaltige Entwicklung in den Revieren. Solche Plattformen können auch dazu beitragen, dem verbreiteten Gefühl von Ungerechtigkeit entgegenzuwirken. Gute, bereits etablierte Beispiele für den Austausch sind die „Lausitzrunde“ der Bürgermeister:innen sowie bestehende Revierstammtische in den drei Braunkohleregionen. Darüber hinaus existieren eine Vielzahl aktiver Aktionsbündnisse zwischen Landkreisen, Kommunen, Bergbaubetrieben und Regionalplanung. Dennoch ist die Erfahrung einzelner Akteursgruppen untereinander, vor allem in den Braunkohleregionen, mit einer starken Protestbewegung durch teils langjährige Konflikte und wechselseitiges Nicht-Verstehen und Nicht-Anerkennen geprägt. Paradigmatisch dafür steht die Beziehung zwischen Umwelt- und Klimaschützer:innen und Interessenvertreter:innen der Braunkohleindustrie einerseits und der Gewerkschaften andererseits. Im Zeitverlauf hat es in allen drei Braunkohleregionen Entwicklungen gegeben, die die Stärke von institutionalisierten Eigeninteressen reduziert, Kooperationen verbessert und Kompromissbildungen erleichtert haben. Dazu zählt etwa die Gründung von Gesprächskreisen und Netzwerken auf institutioneller, vor allem kommunaler Ebene (teils auch revierübergreifend), oftmals auf Initiative Einzelner.

„Also [die] Kollegen aus dem Rheinischen und Mitteldeutschen Revier (...) sagen: ‚Wie ihr das macht, ist das

*richtig. Ein ganz starkes kommunales Bündnis, das mit einer Stimme spricht und was vor allem die handelnden Politiker immer wieder daran erinnert, hallo, das spielt sich alles auf der kommunalen Ebene ab. Wir wollen da mitreden.’ Das gelingt uns in Brandenburg besser als in Sachsen, weil wir in Brandenburg den Werkstattprozess aufgesetzt haben.“ (LR\_Pol\_Verw\_1)*

Als Grundproblem für den Aufbau vertrauensbasierter Kooperationsbeziehungen auf der *regionalen (Meso-)Ebene* erweisen sich die unterschiedlichen Eigeninteressen der betrieblichen, kommunalen und zivilgesellschaftlichen Akteure und ihre Konkurrenz um Fördermittel bei ungleich verteilten Ressourcen und Einflussmöglichkeiten. Hinzu kommt, so die Expert:innen, dass in den vier vom Braunkohleausstieg betroffenen Bundesländern unterschiedliche Governance-Strukturen und -Prozesse etabliert sind, die in der institutionellen Gestaltung von Kooperation und Kompromissbildung zwar abweichen, aber gleichermaßen als sehr komplex, oftmals als überkomplex angesehen werden. Bereits die Tatsache, dass im Lausitzer Revier insgesamt 235, im Mitteldeutschen Revier 147 und im Rheinischen Revier 65 Städte und Gemeinden zur jeweiligen Förderregion gezählt werden, gibt einen Hinweis auf die Größe und Komplexität der Governance-Strukturen (vgl. Ribbeck-Lampel et al. 2023). Zwar folgen alle drei Braunkohleregionen bei der Steuerung und Entscheidungsfindung dem Grundsatz, relevante regionale Akteure und Institutionen in alle wesentlichen Entscheidungen einzubeziehen und es finden sich auch positive Beispiele für wirksame Beteiligung wie das in Brandenburg angewandte „Werkstattverfahren“. Oftmals aber scheitert die Bürger:innen- und Stakeholder-Beteiligung, so die befragten Expert:innen, an Fragen der praktischen Umsetzung. Gelegentlich werde gegen einen kooperativen Governance-Ansatz zudem dadurch verstoßen, dass größere Städte oder Kommunen mit Einfluss auf der landespolitischen Ebene das – wie es ein/e Expert:in ausdrückt – Privileg „*kriterien-bezogener Einzelfallentscheidungen*“ (RR\_Pol\_Verw\_1), vorbei an allen Gremien und „*ohne regionalen Konsens*“ (ebd.) durch die Landesregierung genossen. Speziell mit Blick auf die Möglichkeiten der lokalen Bevölkerung, sich an Diskussionen und Entscheidungen im aktuellen Strukturwandel zu beteiligen, ihre Bedürfnisse und Ideen einzubringen und auch für sich selbst spürbare Effekte zu erleben, werden in allen drei Regionen deutliche Defizite konstatiert – wir haben darauf im Zusammenhang mit Verletzungen prozeduraler Gerechtigkeitsansprüche bereits hingewiesen. Die Kommunikation und Information zwischen Politik, Verwaltungsebenen und Bevölkerung wird als einseitig und mangelhaft bewertet: „Beteiligung“ werde als „*reines Informieren*“ (RR\_Wiss) exekutiert.

Dabei wird die *lokale Ebene* allenthalben als zentrale Handlungsebene für die Herstellung gesellschaftlichen Zusammenhalts im Strukturwandel betrachtet. In allen drei untersuchten Regionen existieren traditionelle Institutionen und Orte des milieuübergreifenden Austauschs, wie Kultur-, Brauchtums- oder Sportvereine sowie religiöse Einrichtungen. Diese Strukturen spielen eine wichtige Rolle bei der Förderung des Zusammenhalts und können als Plattformen für

die Bewältigung der Herausforderungen des Strukturwandels dienen. Allerdings berichten die befragten Expert:innen aus allen drei Regionen übereinstimmend auch von einem Rückgang und einer zunehmenden Überalterung dieser traditionellen Vergemeinschaftungsformen. Dieser Trend ist besonders problematisch im Kontext der Transformation, da er die Möglichkeiten für generationenübergreifenden Dialog und die Entwicklung gemeinsamer Zukunftsvisionen einschränkt. In den ländlich-kleinstädtischen Braunkohleregionen manifestiert sich dies in einem Mangel an attraktiven sozialen und kulturellen Angeboten für jüngere Bewohner:innen, was deren Partizipation am Transformationsprozess erschwert und möglicherweise zu Abwanderung führt. In der Lausitz wird die Situation zusätzlich durch ein anhaltendes Defizit an Einrichtungen der Daseinsvorsorge verschärft, teilweise ein Erbe des Strukturbruchs der 1990er Jahre. Diese Infrastrukturlücken behindern nicht nur die Lebensqualität, sondern auch die Fähigkeit der Region, innovative Lösungen für den Strukturwandel zu entwickeln und umzusetzen. Das Austrocknen dieser traditionellen Begegnungsräume und -strukturen hat damit direkte Auswirkungen auf die Kapazität der Regionen, den Strukturwandel kollaborativ und inklusiv zu gestalten. Es fehlen Orte des Austauschs, an denen verschiedene gesellschaftliche Gruppen zusammenkommen, Ideen entwickeln und Netzwerke für die Bewältigung der Transformation aufbauen können. Vor diesem Hintergrund gewinnt das Konzept der „*Sozialen Orte*“ (Kersten et al. 2022) an Bedeutung, womit mehr als die bloße räumliche Ko-Präsenz von Personen gemeint. Soziale Orte sind intentionale Begegnungsräume, in denen Bürger:innen, zivilgesellschaftliche Akteure, Verwaltungsvertreter:innen und wirtschaftliche Stakeholder gezielt interagieren können. Soziale Orte dienen primär der Verständigung, Konfliktaustragung und Kooperation und unterscheiden sich dadurch von traditionellen Begegnungsorten.

Es finden sich in dieser Hinsicht durchaus vielversprechende Ansätze, um den tendenziell desintegrierenden Entwicklungen in den drei Braunkohleregionen (vgl. ARL 2022) entgegenzuwirken. Diese Bemühungen um die Schaffung Sozialer Orte – das kann hier nur angerissen werden – umfassen den Aufbau neuer Begegnungsräume, die Modernisierung bestehender Orte und die Förderung bürgerschaftlichen Engagements, die Revitalisierung kommunaler Zentren und brachgefallener Industrieorte mit neuartigen Nutzungskonzepten. Im Rheinischen Revier beispielsweise wird die Revitalisierung von Dorfkernen durch die Einrichtung multifunktionaler Bürgerzentren angestrebt, wie ein/e Expert:in erläutert: „*Deswegen kommt auch dieses Rathaus mit Bürgerzentrum und dieser Funktion auch in den Kernort*“ (RR\_Pol\_Verw\_2). In der Lausitz tragen insbesondere sorbische Gemeinschaften und deren Vereine zum lokalen Zusammenhalt bei. Jüngere Dörfer mit sorbischer Prägung verzeichnen aktuell sogar Zuzüge und tragen mit innovativen Vorhaben, etwa im Verein „*Generationen gehen gemeinsam (G3) e.V.*“, zur Belebung Sozialer Prozesse bei. Vereinzelt existieren zudem „*Erzählalons*“ oder Projekte wie die „*Raumpionierstation Oberlausitz*“, die Engagement fördern und Netzwerke zwischen neu Zugezogenen und Rückkehrer:innen etablie-

ren. Im Mitteldeutschen Revier setzen Initiativen wie die Augmented Reality-Installationen im Freilichtmuseum Ferropolis und das „Forum Rathenau“ in Zschornowitz auf die Verbindung von Tradition und Innovation. Auch die Wiederbelebung des ursprünglich zum Abriss vorgesehenen Ortes Morschenich-Alt im Rheinischen Revier zu einem ‚Dorf der Zukunft‘ stellt einen innovativen Ansatz dar.

Insgesamt verdeutlichen die skizzierten Ansätze, dass durch die aktive Gestaltung sozialer Räume und die Förderung bürgerschaftlichen Engagements durch innovative Initiativen den Herausforderungen des Strukturwandels gestalterisch begegnet und der gesellschaftliche Zusammenhalt in den Regionen gestärkt werden kann. Weitere Beispiele belegen dies. So existieren im Lausitzer Revier beispielsweise Förderprogramme zur Unterstützung des Engagements in ländlichen Räumen. Der Verein „Lausitzer Perspektiven“, der mit der Bürgerregion u. a. neue Dialogformate aufbauen möchte, oder das Frauennetzwerk „F wie Kraft – Frauen.Leben.Lausitz“, das sich der Selbstorganisation von Frauen im Strukturwandel annimmt, liefern weitere Beispiele. Im Mitteldeutschen Revier zeigt der „Bürgerbeirat“ Alltagserfahrungen und Sichtweisen von Menschen in besonders vom Strukturwandel betroffenen Gebieten auf, während das Projekt „Revierpionier“ Bewerber:innen des Wettbewerbs Wertschätzung entgegenbringt und ihre Arbeit sichtbar macht.

Die Schaffung und der Ausbau von *Sozialen Orten* werden von den Expert:innen als vielversprechende Ansätze gesehen, um den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu stärken und die Diversität der Gemeinschaften in den Braunkohleregionen zu festigen. Bildung und kulturelle Einrichtungen, die Stärkung bestehender Gewerbegebiete und die Verbesserung der Verkehrsinfrastruktur sind, so zeigen unsere Befunde, notwendige Gelingensfaktoren eines erfolgreichen Wandels. Wie gesehen, verlaufen den befragten Expert:innen zufolge insbesondere die Umsetzung von Bau- und Infrastrukturmaßnahmen zu langsam. Es wird als notwendig erachtet, zügig sichtbare Ergebnisse und Infrastrukturen zu schaffen – auch, um das Gefühl des Abgehängt-Seins zu verringern und den Zuzug für jüngere Menschen attraktiver zu gestalten. Die politisch-administrativen Akteure eröffnen Perspektiven im Strukturwandel, die es durch weitere Zukunftsbilder aus der Region heraus, beispielsweise mit Jugendlichen, zu ergänzen gilt.

Dennoch bleibt festzuhalten: Während von den befragten Expert:innen betont wird, dass für die Bewältigung der materiellen wie immateriellen Folgen des Braunkohleausstiegs eine umfassende Beteiligung der Bevölkerung im Sinne der Grundsätze einer „partizipativen Governance“ (vgl. Walk 2008) entscheidend ist, passiert – in der Fläche – zu wenig. Unter etlichen Expert:innen – nicht nur aus der Zivilgesellschaft – herrscht Frustration über eine mangelnde Unterstützung lokaler Initiativen. Doch gerade zivilgesellschaftliche Akteure fordern angesichts knapper eigener Ressourcen eine bessere Unterstützung der aus der Gesellschaft initiierten Projekte, generell eine stärkere Förderung kultureller und sozialer Projekte und Orte sowie eine Stärkung wirksamer Beteiligungsformate. Nur damit – so der Tenor der befragten Expert:innen – könne man Tendenzen der Resignation,

Frustration und (weiterer) Politikverdrossenheit unter den betroffenen Bevölkerungen entgegenwirken. Mit der Vielzahl bestehender Koordinierungs- und Beteiligungsgremien wurden bereits erste wichtige Grundlagen für ein potenziell stärker vertrauensstiftendes Zusammenwirken im Strukturwandel angelegt.

#### Anpassungsverhalten: Ritualismus, Innovation und Ressentiment

Betrachten wir abschließend einige Hinweise auf die Anpassungshaltungen und das Anpassungsverhalten der Menschen in den Braunkohleregionen. Die Art und Weise der Anpassung ist unseres Erachtens entscheidend für die Frage, mit welchen Verhaltensmustern und Reaktionsweisen eine wie auch immer geartete (Politik der) Gestaltung der Transformationsprozesse zu rechnen hat. Anders als in der Alltagssprache, die unter Anpassung in der Regel konformes Verhalten versteht, umfasst die soziologische Verwendung des Begriff jedes Handeln, das sich zwischen den Bedürfnissen und Fähigkeiten des Handelnden und der gesellschaftlich gesetzten Ziele, Werte und den an das Individuum gerichteten Anforderungen ausführt. Neben Konformität, also der mit Grunow et al. (2022) gesprochenen „Fügsamkeit mit Normen aller Art“ (ebd.: 8), finden sich weitere Anpassungsmuster. Robert Merton (1995: 135 ff.) unterscheidet vier weitere, für moderne kapitalistische Gesellschaften typische Anpassungsformen: Innovation, Ritualismus, Rückzug und Rebellion, mit denen auch Anpassungsformen in den Blick geraten, denen es an einer Übereinstimmung des individuellen Verhaltens mit den kulturellen Zielen und Normen fehlt.

Betrachten wir unter dieser – hier nur sehr knapp angerissenen – analytischen Perspektive die Transformationsprozesse in den Braunkohleregionen, zeigen sich deutliche Hinweise auf ein niedriges Konformitätsniveau in den jeweiligen Bevölkerungen. Vor allem die Verlusterfahrungen und Verlustängste, die materiellen Sorgen angesichts einer unsicheren Zukunft, die Erfahrungen mangelnder Mitsprache und das Fehlen angemessener Beteiligungsangebote drücken dem Anpassungsverhalten der Menschen in den Braunkohleregionen ihren Stempel auf.

Wie bereits hervorgehoben, findet das gesellschaftliche Leitziel ‚Braunkohleausstieg für eine sozial-ökologische Transformation‘ unter den Bewohner:innen der Regionen wenig Unterstützung. Der vorgezogene Ausstieg wird insbesondere in den Kernrevieren weitgehend abgelehnt. Gerade dort sind die den Menschen sozialstrukturell und institutionell zur Verfügung stehenden Möglichkeiten der Beteiligung begrenzt. Vorherrschendes Anpassungsverhalten in den Regionen dürfte daher eine Mischung aus *Ritualismus* und *Rückzug* sein: Die Bewohner:innen in den Kernrevieren<sup>20</sup> haben sich von den normativen Zielen entfremdet oder lehnen sie gar ab, machen aber auf einem gewissen Minimalniveau trotzdem mit (*Ritualismus*) oder verweigern sich ganz und ziehen sich zurück (*Rückzug*). Dies kommt in einer ver-

<sup>20</sup> In den (Groß-) Städten und Gemeinden am Rand der Reviere, deren Bewohner:innen – wie schon angemerkt – vom jeweiligen Kernrevier sozial und mental ziemlich weit entfernt sind, überwiegt wohl indifferente Konformität.

breiteten Lethargie zum Ausdruck:

*„Ein Großteil ist in so einer Lethargie und sagt: ‚Hier wird eh nichts.‘ Ja? Also die wirklich sagen: ‚2038 haben wir noch 5000 Einwohner. Und Politik interessiert sich sowieso nicht für uns.‘ Ja? Also so eine Haltung, wo aufgegeben wird im Prinzip. (...) Das macht natürlich was, nicht? Also wenn ich keine Perspektive sehe und sage: ‚Ich werde hier immer von Hartz IV leben oder vom Bürgergeld leben, dann habe ich natürlich auch keinen Anspruch mitzugestalten.‘ (LR\_Ziv\_1)*

Nur wenige und in der Regel die immer gleichen Personen, so die übereinstimmende Einschätzung aller Expert:innen, engagieren sich für den gesellschaftlichen Zusammenhalt in den Regionen, für Klima- und Umweltschutzziele und entwickeln *„Engagement und sagen: ‚Wir wollen mitgestalten!‘“* (LR\_Ziv\_1). Das trifft nicht nur für die ostdeutschen Reviere zu, sondern auch, wenngleich weniger prononciert, für das Rheinische Revier. Und es gilt nicht nur für die Älteren, sondern auch für die Gruppe der Jüngeren, die, so RR\_Wiss, *„sich ähnlich in diese zwei Gruppen aufteilt, nur das die eine Jugendgruppe sagt: ‚Wir sind hier, wir sind die Zukunft, wir sind die Generation, die hier leben soll und wir möchten das gerne mitgestalten.‘ Und die andere Gruppe der Jugendlichen [sagt]: ‚Das ist mir sowieso egal, ich gehe eh woanders hin!‘“*.

Schließlich finden sich auch deutliche Hinweise auf ein Anpassungsverhalten, das mit Merton als *Ressentiment* mit Tendenz zur *Rebellion* (Merton 1995: 150 ff.) bezeichnet werden kann. Bestimmte Gruppen, vor allem in den beiden ostdeutschen Revieren, bekämpfen kulturelle und demokratische Normen und Gesellschaftsziele aktiv und versuchen andere institutionelle Mittel zu etablieren. Auf diesem Weg wird das Verhalten durch Ressentiments bestimmt, durch *„diffuse Hass-, Neid- und Feindseligkeitsgefühle (...) [und] ein Gefühl der Ohnmacht“* (ebd.: 150). Vor allem im Lausitzer und Mitteldeutschen Revier erfährt die Partei „Alternative für Deutschland“, die etwa die Energie- und Klimapolitik der Bundes- und Landesregierungen rundweg ablehnt, unter den Wähler:innen großen Zuspruch, wie auch die neuesten Landtagswahlergebnisse zeigen. Grundiert wird dieser Zuspruch nach Ansicht der befragten Expert:innen unter anderem durch ein Bedürfnis nach einfachen Antworten. Er entlädt sich in Ausgrenzung gegenüber allem Fremden und „den Eliten“.

## 5 Zusammenfassung

Die drei deutschen Braunkohleregionen sehen sich durch den beschleunigten Braunkohleausstieg und den daraus resultierenden Strukturwandel unterschiedlich stark herausgefordert. Während die Vorverlegung des Kohleausstiegs im Rheinischen Revier als Schritt in Richtung „Klarheit“ (BMWK et al. 2022: 1) betrachtet wird, stoßen entsprechende Überlegungen in den ostdeutschen Revieren auf starke Ablehnung und Gegenwehr sowohl bei politischen und wirtschaftlichen Akteuren wie innerhalb der Bevölkerung. Nicht nur dort stellt die Beschleunigung der Zeitstrukturen eine Herausforderung dar, da sich die Abläufe und Anforderungen immer schneller

ändern und soziale Bindungen zu erodieren drohen.

Fassen wir die Diskussion unserer empirischen Befunde zur Frage, wie es angesichts dessen um den gesellschaftlichen Zusammenhalt in den drei Braunkohleregionen bestellt ist, zusammen: Unter Rückgriff auf das von Grunow et al. (2022) vorgeschlagene Analysekonzept geben die aus den Expert:inneninterviews gewonnenen Erkenntnisse Hinweise auf ein insgesamt eher wenig ‚schmackhaftes‘ Zusammenwirken der Ingredienzen des gesellschaftlichen Zusammenhalts. Auf Ebene der *Ko-Orientierungen* sind es vor allem die Erfahrungen mit verletzten Gerechtigkeitsansprüchen – im Hinblick auf Verteilungs- und Leistungsgerechtigkeit, auf Beteiligung und Anerkennung –, die die Einstellungen und Haltungen der befragten Expert:innen wie der „normalen“ Bevölkerung prägen. Und auch was die *Ko-Interaktionen* betrifft, erscheinen die etablierten Verfahren und Praktiken der Kooperation und Kommunikation – trotz einiger innovativer und partizipativer Projekte und Sozialen Orte – überwiegend nicht geeignet, unter den sich vom Ausstieg als negativ betroffen und teils als „abgehängt“ empfindenden Bevölkerungsteilen Vertrauen und Verlässlichkeit herzustellen (oder wiederherzustellen) und Beteiligungsinteresse überhaupt verbreitet zu wecken. Nicht zuletzt angesichts fehlender Mitsprache-, Beteiligungs- und Mitbestimmungsangebote überwiegt in allen drei Untersuchungsregionen ein indifferent-ritualistisches Anpassungsverhalten, das vor allem in Ostdeutschland zu Rückzug und auch Ressentiment tendiert.

Das von uns aufgegriffene Konzept gesellschaftlichen Zusammenhalts von Grunow et al. (2022) hat sich als tragfähig erwiesen, um Transformationsprozesse und -konflikte wie jene um den Braunkohleausstieg zu untersuchen. Der Vorzug dieses Ansatzes liegt darin, dass er neben Fragen von Gerechtigkeit und Governance systematisch die zentrale Ebene des sozialen Handelns in den Blick nimmt. Das ist nicht nur analytisch hilfreich, sondern kann auch eine anwendungsorientierte Forschung anleiten, die z. B. Partizipations- und Interventionspraktiken in verschiedenen regionalen Kontexten untersucht und lokale Akteure oder Netzwerke in Transformationsprozessen unterstützt. Dazu zählt die Erkenntnis, dass eine transparente und vertrauensvolle Kommunikation zwischen allen Akteuren sowie eine Einbindung der lokalen Bevölkerungen und Berücksichtigung von deren Bedürfnissen entscheidend für die Förderung des gesellschaftlichen Zusammenhalts in einem gesellschaftlich hoch umstrittenen Transformationsprozess ist. Auch unsere Studie unterstreicht mithin die Wichtigkeit, „aus Betroffenen Beteiligte zu machen“ (Hennicke/Noll 2020: 4; RAG Stiftung 2016; Zukunftsagentur Rheinisches Revier 2022).

Unsere Untersuchung gibt zudem Hinweise darauf, wie bedeutsam vorangegangene kollektive Anspruchsverletzungen, besonders in den ostdeutschen Revieren, für die heutigen Wahrnehmungen und Handlungsorientierungen sind. Beteiligungs- und Anerkennungsdefizite und eine als ungleich wahrgenommene Verteilung der Risiken und Chancen, führt zu Widerständen, Rückzug und Ressentiment. Um verbreiteten Gefühlen des Abgehängt-Seins entgegenzuwirken und die Attraktivität der vom Ausstieg betroffenen Regionen insbesondere für jüngere Bevölkerungsgruppen zu erhöhen

(Öko-Institut 2022), sollten für die Bevölkerung unmittelbar erfahr- und spürbare Initiativen und Anstrengungen gefördert werden. Im Gegensatz zur Phase der Systemtransformation der 1990er Jahre stehen heute durchaus neue und erweiterte Steuerungsmöglichkeiten zur Verfügung, die dazu beitragen sollten, vergleichbare Brüche zu vermeiden.

*„(...) aber es war eben kein geordneter Prozess. Es war ein Prozess, der hereinbrach und lief dann, so wie er gelaufen ist und [man] hatte in vielen Bereichen auch nicht die Möglichkeit ihn staatlich proaktiv zu steuern, wie wir das im Moment haben. Das ist sicherlich der große Unterschied, dass wir jetzt wissen, es verändert sich was und wir können proaktiv vorausschauend agieren, handeln um Neues aufzubauen und wir müssen nicht warten bis das Alte weggebrochen ist, sondern wir können jetzt parallel neue Prozesse aufsetzen.“ (LR\_Pol\_Verw\_3)*

Der Beitrag konnte Unterschiede im Hinblick auf Zusammenhaltsmerkmale und -probleme zwischen Braunkohleregionen nur andeuten. Auch diese Differenzen erfordern regional und lokal angepasste Ansätze zur Förderung des für die Bewältigung des Strukturwandels so wesentlichen gesellschaftlichen Zusammenhalts. Für alle drei Reviere gilt indes, dass der Strukturwandel als langfristiger Prozess verstanden werden muss, wie ein/e interviewte:r Expert:in treffend formuliert:

*„Gut, also ich meine der Strukturwandel (...) ist jetzt kein Sprint, sondern eher so ein Marathon. Ja, manchmal habe ich auch das Gefühl, es ist irgendwie so eine Mischung aus Marathon und Crosslauf. Also wirklich berghoch, bergrunter mit Springen über das eine oder andere Fettnäpfchen. So und ich meine, de facto ist der Prozess..., hat er erst begonnen.“ (MR\_Pol\_Verw\_3)*

## 6 Literatur

- ARL – Akademie für Raumforschung und Landesplanung (Hrsg.). (2000). *Braunkohlenplanung und Umsiedlungsproblematik in der Raumordnungsplanung Brandenburgs, Nordrhein-Westfalens, Sachsens und Sachsen-Anhalts*. Arbeitsmaterial der ARL 265. Hannover.
- ARL – Akademie für Raumforschung und Landesplanung (Hrsg.). (2022). *Braunkohleplanung, Strukturwandel und Kohleausstieg in Deutschland*. Positionspapier aus der ARL 135. Hannover.
- Bartl, W., Heinisch, K., Holtemöller, O. & Schult, C. (2022). D 3.3. *The Rhineland Case Study report. ENergy TRANSitions from Coal and carbon: Effects on Societies – ENTRANCES*. IW Halle (Saale).
- BBSR – Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (o. J.). *Laufende Raumbearbeitung – Raumabgrenzungen – Raumtypen 2010 auf Kreisebene*. [https://www.bbsr.bund.de/BBSR/DE/forschung/raumbearbeitung/Raumabgrenzungen/deutschland/kreise/Raumtypen2010\\_krs/Raumtypen2010\\_Kreise.html](https://www.bbsr.bund.de/BBSR/DE/forschung/raumbearbeitung/Raumabgrenzungen/deutschland/kreise/Raumtypen2010_krs/Raumtypen2010_Kreise.html)
- Beckert, J (2024). *Verkaufte Zukunft. Warum der Kampf gegen den Klimawandel zu scheitern droht. Neue Ansätze zu einer realistischen Klimapolitik*. Suhrkamp.
- Berkner, Andreas (Hrsg.) (2009). *Braunkohlenplanung in Deutschland – Neue Anforderungen zwischen Lagerstätten-sicherung, Umweltverträglichkeit und Regionalplanung*. Hannover.
- Berkner, Andreas (2018). *Braunkohleplanung*. In: *ARL Handwörterbuch der Stadt- und Raumentwicklung*. (S. 307-323). Hannover.
- BMWK, MWIKE & RWE AG (2022). *Stärkung von Versorgungssicherheit und Klimaschutz – Klarheit für die Menschen im Rheinischen Revier. Politische Verständigung zwischen dem Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz, dem Ministerium für Wirtschaft, Industrie, Klimaschutz und Energie des Landes Nordrhein-Westfalen und der RWE AG zum vorgezogenen Kohleausstieg 2030 im Rheinischen Revier*. <https://www.wirtschaft.nrw/eckpunktevereinbarung-kohleausstieg-2030>
- Bose, S., Dörre, K., Köster, J., Lütten, J., Dörre, N. & Szauer, A. (2019). *Braunkohleausstieg im Lausitzer Revier. Sichtweisen von Beschäftigten*. In: Rosa-Luxemburg-Stiftung (Hrsg.), *Nach der Kohle. Alternativen für einen Strukturwandel in der Lausitz*. Berlin.
- Brachert, M., Heinisch, K., Holtemöller, O., Kirsch, F., Neumann, U., Rothgang, M., Schmidt, T., Schult, C., Solms, A. & Titze, M. (2023). *Begleitende Evaluierung des Investitionsgesetzes Kohleregionen (InvKG) und des STARK-Bundesprogramms: Endbericht zur Auftragsweiterung*. IWH Studies 5/2023.
- DEBRIV Bundesverband Braunkohle (o. J.). <https://braunkohle.de>
- Deitelhoff, N., Middell M. & Groh-Samberg, O. (Hrsg.). (2020). *Gesellschaftlicher Zusammenhalt. Ein interdisziplinärer Dialog*. Campus. Frankfurt/M.
- Deitelhoff, N. & Schmelzle, C. (2023). *Social Integration Through Conflict: Mechanisms and Challenges in Pluralist Democracies*. Köln Z Soziol, Suppl 1, 75, 69–93.
- Deutschland Monitor 2023 (o. J.). <https://deutschland-monitor.info>
- Dörre, K., Holzschuh, M., Köster, J. & Sittel, J. (2020). *Abschied von Kohle und Auto? Sozial-ökologische Transformationskonflikte um Energie und Mobilität*. Campus. Frankfurt/M.
- Engler, J. Janik & M. Wolf (Hrsg.). *Energiewende und Megatrends. Wechselwirkungen von globaler Gesellschaftsentwicklung und Nachhaltigkeit*. (S. 13-21). Bielefeld.
- Eversberg, D., Fritz, M., von Faber, L. & Schmelzer, M. (2024). *Der neue sozial-ökologische Klassenkonflikt. Mentalitäts- und Interessengegensätze im Streit um Transformation*. Campus. Frankfurt/M.
- Forst, R. (2020). *Gesellschaftlicher Zusammenhalt. Zur Analyse eines sperrigen Begriffs*. In: N. Deitelhoff, O. Groh-Samberg & M. Middell (Hrsg.). *Gesellschaftlicher Zusammenhalt. Ein interdisziplinärer Dialog*. (S. 41-53). Campus. Frankfurt/New York.
- Georgi, D., Ignác, Z., Lorenz, J., Delhey, J. & Boehnke, K. (2013). *Social Cohesion Radar - Measuring Common Ground. An International Comparison of Social Cohesion. Methods Report*. Bertelsmann. Gütersloh.
- Goerke, U., Kamlage, J.H. & Pauß, L. (2023). *Strukturwandel im Rheinischen Revier: Partizipation der Zivilgesellschaft zwischen Anspruch und Wirklichkeit*. Kurzstudie im Auftrag von Klima-Allianz Deutschland. RUFIS. Bochum.
- Grunow, D., Sachweh, P., Schimank, U. & Traunmüller, R. (2022). *Gesellschaftliche Sozialintegration. Konzeptionelle Grundlagen und offene Fragen*. FGZ Working Paper Nr. 2. [https://fgz-risc.de/fileadmin/publikationen/2022/fgz-wp\\_2\\_grunow-et-al\\_gesellschaftliche-sozialintegration.pdf](https://fgz-risc.de/fileadmin/publikationen/2022/fgz-wp_2_grunow-et-al_gesellschaftliche-sozialintegration.pdf)
- Gürtler, K. & Herberg, J. (2023). *Moral rifts in the coal phase-out—how mayors shape distributive and recognition-based dimensions of a just transition in Lusatia*. Journal of Environmental Policy & Planning, 25(2), 194-209.
- Haas, T. (2020). *Die Lausitz im Strukturwandel. Der Kohleausstieg im Spannungsfeld zwischen autoritärem Populismus und progressiver Erneuerung*. PROKLA. Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft, 198, 151-169.
- Hennicke, M. & Noll, W. (2020). *Strukturwandel im Ruhrgebiet. Was wir für zukünftige Transformationsprozesse daraus lernen können*. Wiso Direkt 2-2020 der FES. Bonn.
- Herberg, J., Gabler, J., Gürtler, K., Haas, T., Staemmler, J., Löw Beer, D. & Luh, V. (2020). *Von der Lausitz lernen. Wie Nachhaltigkeitsforschung für Demokratiefragen öffnen kann*. GAIA - Ecological Perspectives for Science and Society, 29 (1), 60-62. [https://publications.rifs-potsdam.de/pubman/item/item\\_6000028](https://publications.rifs-potsdam.de/pubman/item/item_6000028)
- Herberg, J., Gürtler, K. & Löw Beer, D. (2019). *Strukturwandel als Demokratiefrage. Der Lausitzer Kohleausstieg, ein Ausstieg aus der Transformationsblockade?* Berliner Debatte Initial, 30(4), 113-124. [https://www.researchgate.net/publication/338717991\\_Strukturwandel\\_als\\_Demo](https://www.researchgate.net/publication/338717991_Strukturwandel_als_Demo)



- kratiefrage\_Der\_Lausitzer\_Kohleausstieg\_ein\_Ausstieg\_aus\_der\_Transformationsblockade\_Open\_Access\_in\_Initial\_Berliner\_Debatte/link/6019b67ea6fdcc37a8fc117e/download?\_tp=eyJjb250ZXh0Ijpw7ImZpcnN0UGFnZSI6InB1YmxpY2F0aW9uIiwicGFnZSI6InB1YmxpY2F0aW9uIn19\_tp=eyJjb250ZXh0Ijpw7ImZpcnN0UGFnZSI6InB1YmxpY2F0aW9uIiwicGFnZSI6InB1YmxpY2F0aW9uIn19\_tp=eyJjb250ZXh0Ijpw7ImZpcnN0UGFnZSI6InB1YmxpY2F0aW9uIiwicGFnZSI6InB1YmxpY2F0aW9uIn19\_tp=eyJjb250ZXh0Ijpw7ImZpcnN0UGFnZSI6InB1YmxpY2F0aW9uIiwicGFnZSI6InB1YmxpY2F0aW9uIn19\_tp=eyJjb250ZXh0Ijpw7ImZpcnN0UGFnZSI6InB1YmxpY2F0aW9uIiwicGFnZSI6InB1YmxpY2F0aW9uIn19\_tp=eyJjb250ZXh0Ijpw7ImZpcnN0UGFnZSI6InB1YmxpY2F0aW9uIiwicGFnZSI6InB1YmxpY2F0aW9uIn19
- Hermann, H., Schumacher, K. & Förster, H. (2018). *Beschäftigungsentwicklung in der Braunkohleindustrie: Status quo und Projektion*. Dessau-Roßlau. [https://www.umweltbundesamt.de/sites/default/files/medien/3521/publikationen/2018-07-25\\_climate-change\\_18-2018\\_beschaeftigte-braunkohleindustrie.pdf](https://www.umweltbundesamt.de/sites/default/files/medien/3521/publikationen/2018-07-25_climate-change_18-2018_beschaeftigte-braunkohleindustrie.pdf)
- Herpich, P., Rieve, C., Krätschmar, M., Stognief, N., Walk, P., Probst, J., Krumm, A., Arens, A. & Oei, P.Y. (2022). *Das Rheinische Braunkohlerevier. Aktuelle Zahlen, Daten und Fakten zur Energiewende*. Fossil Exit. Flensburg.
- IWH (2009). *Institut für Wirtschaftsforschung Halle: Ostdeutschlands Transformation seit 1990 im Spiegel wirtschaftlicher und sozialer Indikatoren*. ICH-Sonderheft 1. Halle (Saale).
- IWH (2015). *Institut für Wirtschaftsforschung Halle: Wirtschaftliche Integration Ostdeutschlands*. Im Spiegel der Forschung am IWH, Halle (Saale).
- Jacob, K., Guske, A. L., Weiland, S., Range, C., Pestel, N. & Sommer, E. (2016). *Verteilungswirkungen umweltpolitischer Maßnahmen und Instrumente*. UBA-Texte 73/2016. Umweltbundesamt. Dessau-Roßlau.
- Kersten, J., Neu, C. & Vogel, B. (2022). *Das Soziale-Orte-Konzept. Zusammenhalt in einer vulnerablen Gesellschaft*. Bielefeld.
- Koalitionsvertrag (2021). *Mehr Fortschritt wagen. Bündnis für Freiheit, Gerechtigkeit und Nachhaltigkeit. Koalitionsvertrag 2021-2025 zwischen der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (SPD), BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN und den Freien Demokraten (FDP)*. Berlin.
- Kompetenzzentrum Bildung im Strukturwandel (Hrsg.). (2022). *2. Werkstattbericht. Regionales Bildungsmonitoring in der Gestaltung des Strukturwandels*. Bonn.
- Kratzer, N., Menz, W., Tullius, K. & Wolf, H. (2019). *Legitimationsprobleme in der Erwerbsarbeit. Gerechtigkeitsansprüche und Handlungsorientierungen in Arbeit und Betrieb*. 2., erweiterte Auflage. Nomos Verlagsgesellschaft. Baden-Baden.
- Kropp, P. & Seibert, H. (2023). *Der Kohleausstieg und seine potenziellen Folgen für die regionale Beschäftigungsstruktur: Ein Blick in die Reviere*. In: N. Goldschmidt & M. Rehm (Hrsg.). *Soziale Nachhaltigkeit in der Region*. *Wirtschafts- und sozialpolitische Perspektiven*. (S. 33-52). Berlin.
- Ladwig, B. (2011). *Gerechtigkeitstheorien zur Einführung*. Junius. Hamburg.
- Lausitz Energie Bergbau AG (LEAG) (o. J.). <https://www.leag.de/de/geschaeftsfelder/bergbau>
- Lorenz, A. & Träger, H. (2021). *Die Landtagswahlen 2019 in der Lausitz. Ausdruck eines neuen Zentrum-Peripherie-Konflikts?*, In: A.S. Friedel, J. Günther, S. Kneip, J. Piepenbrink, A. Seibring & R. Siebert (Hrsg.). *Abschied von der Kohle. Struktur- und Kulturwandel im Ruhrgebiet und in der Lausitz*. (S. 200-214). Bundeszentrale für politische Bildung. Bonn.
- Löw Beer, D., Anders, C., Donath, P.B., Luh, V., Ringler, D. & Rocher, M. (2021). *Kinder- und Jugendbeteiligung im Lausitzer Strukturwandel. Anschlussfähige und rechtskonforme Wege für eine gelingende Partizipation*. IASS Policy Brief. Potsdam.
- Merton, R.K. (1995). *Sozialstruktur und Anomie*. In: V. Meja & N. Stehr. *Ders. Soziologische Theorie und soziale Struktur*. (S. 127-154). Berlin, New York.
- Mitteldeutschland-Monitor 2023 (o. J.). <https://mitteldeutschland-monitor.de/ergebnisse>
- Müller, I., Stobbe, M., Völkl, K., Fraas, M., Wendt, R. & Holtmann, E. (2024). *Kreative Kohle. Handbuch für ko-kreative Partizipation im Strukturwandel*. [https://fgz-risc.de/fileadmin/form\\_definitions/Kreative\\_Kohle\\_Handbuch\\_fuer\\_ko-kreative\\_Partizipation.pdf](https://fgz-risc.de/fileadmin/form_definitions/Kreative_Kohle_Handbuch_fuer_ko-kreative_Partizipation.pdf)
- Müller, K. (2017). *Heimat, Kohle, Umwelt. Argumente im Protest und der Befürwortung von Braunkohleförderung in der Lausitz*. Zeitschrift für Umweltpolitik und Umweltrecht 3/2017, 213-228.
- Öko-Institut (2022). *Die deutsche Braunkohlenwirtschaft 2021. Historische Entwicklungen, Ressourcen, Technik, wirtschaftliche Strukturen und Umweltauswirkungen*. Studie im Auftrag von Agora Energiewende und der European Climate Foundation. Berlin.
- Putnam, R. D. (2000). *Bowling Alone. The Collapse and Revival of American Community*. Simon and Schuster. New York.
- Radtke, J. & Drewing, E. (2020). *Was nützt die Wende in Gedanken? Überlegungen zur Steuerbarkeit von Transformationen am Beispiel der deutschen Energiewende*, In: S. Engler, J. Janik & M. Wolf (Hrsg.). *Energiewende und Megatrends. Wechselwirkungen von globaler Gesellschaftsentwicklung und Nachhaltigkeit*. (S. 119-166). Bielefeld.
- Radtke, J. & David, M. (2024). *How Germany is phasing out lignite: insights from the Coal Commission and local communities*. Energy, Sustainability and Society, 14(7), 1-18. <https://doi.org/10.1186/s13705-023-00434-z>
- RAG Stiftung (2016). *Zukunftsstudie RAG-Stiftung. Das Schicksalsjahrzehnt. Impulse für die Zukunft des Ruhrgebiets und ein zusätzlicher Blick auf das Saarland*. Essen.
- Renn, O. & Marshall, J. P. (2016). *Coal, nuclear and renewable energy policies in Germany: From the 1950s to the "Energiewende"*. Energy Policy, 99, 224-232.
- Ribbeck-Lampel, J., Spohr, P. & Otto, A. (2023). *Revier ist nicht*

- gleich Revier: Die Bedeutung von Raumstrukturen für die Transformation der Braunkohleregionen in Deutschland. BBSR-Analysen KOMPAKT. Bonn.
- Rinscheid, A. (2018). *Soziale Akzeptanz eines Kohleausstiegs in Deutschland und in den Kohlerevieren: Ergebnisse einer Umfrage und Conjoint-Analyse*. Studie im Auftrag von Greenpeace. <https://greenwire.greenpeace.de/system/files/2019-03/Studie%20Soziale%20Akzeptanz%20eines%20Kohleausstiegs%20in%20Deutschland%20und%20in%20den%20Kohlerevieren.pdf>
- Sächsische Agentur für Strukturentwicklung (2023). *Lausitz Monitor. 4. Befragung*.
- Sander, H. & Haas, T. (2025). *Strukturwandel in den deutschen Braunkohleregionen – ein sozialökologischer Transformationskonflikt*. In: P. Bartelheimer & S. Ötsch (Hrsg.). *Konversion – Wirtschaftsdemokratie für den sozialökologischen Umbau*. Jahrbuch Ökonomie und Gesellschaft, Nr. 36, (S. 281-305). Metropolis-Verlag, Marburg.
- Staemmler, J., Priemer, J. & Gabler, J. (2020): *Zivilgesellschaft im Strukturwandel. Vereine und Stiftungen in der Lausitz*. IASS Potsdam. [https://www.rifs-potsdam.de/sites/default/files/2020-06/IASS\\_Studie\\_Zivilgesellschaft\\_Lausitz.pdf](https://www.rifs-potsdam.de/sites/default/files/2020-06/IASS_Studie_Zivilgesellschaft_Lausitz.pdf)
- Statistik der Kohlenwirtschaft e.V. (o. J.). <https://kohlenstatistik.de/daten-fakten>
- Tooze, A. (2022). *Zeitenwende oder Polykrise? das Modell Deutschland auf dem Prüfstand*. Willy Brandt Lecture. Schriftenreihe der Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung, Heft 36, 13-31. Berlin.
- Zukunftsagentur Rheinisches Revier (2022). *Zukunft durch Partizipation – Bürgerbeteiligung im Rheinischen Revier*. <https://www.rheinisches-revier.de/dialog>
- Walk, H. (2008). *Partizipative Governance. Beteiligungsformen und Beteiligungsrechte im Mehrebenensystem der Klimapolitik*. Wiesbaden.